dfi Deutsch-Französisches Institut

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 41 Juni 2024 ISSN 1430-5844

Europawahlen 2024 in Deutschland und Frankreich

Zwischen nationalem Reflex und vertiefter Integration

Eileen Keller
Marie Krpata
Jeanette Süß

Dynamiken des Wahlkampfes in Deutschland und Frankreich

Themen und Prioritäten innerhalb der Parteifamilien im Vergleich

Zusammenfassung

Vom 6. bis 9. Juni sind die Europäerinnen und Europäer** zum 10. Mal dazu aufgerufen, ihre Abgeordneten für die kommende Legislatur des Europäischen Parlaments zu wählen. Die vorliegende Analyse nimmt den deutschen und französischen Wahlkampf vergleichend in den Blick und untersucht, mit welchen Themen und Prioritäten sich die wichtigsten deutschen und französischen Parteien im Wahlkampf positionieren. Dabei wird deutlich, dass in beiden Ländern die extremen Parteien rechts und links des politischen Spektrums Aufwind erfahren, wenngleich sich in Deutschland die CDU/CSU weiter stabil hält. Die Europawahlen erscheinen dabei in beiden Ländern auch als Testwahl für die aktuelle Stimmung der Bevölkerung gegenüber ihrer nationalen Regierung. In Frankreich werden sie immer wieder als Zwischenschritt für die Präsidentschaftswahlen, die erst 2027 stattfinden, gewertet, in Deutschland stehen bereits im Herbst Landtagswahlen an, bei denen sich zeigen wird, wie weit die AfD vorstoßen kann.

Dabei zeigt ein Blick auf die Themen, die Programmatik und die Vorschläge der verschiedenen Parteien, die sich in Deutschland und Frankreich zur Wahl stellen, wie vielschichtig die Vorstellungen zur Zukunft der Europäischen Union eigentlich sind. Die traditionelle Spaltungslinie für mehr oder gegen Europa strukturiert zwar den Wahlkampf, aber die Wahrnehmung, Kritik und Wünsche über die zukünftige Ausgestaltung der EU sind vielschichtiger geworden und lassen sich nicht in einer binären Haltung zwischen pauschaler Ablehnung und Befürwortung zusammenfassen. Ein direkter Vergleich der jeweiligen deutschen und französischen Parteien innerhalb der Parteifamilien ermöglicht dabei ein besseres Verständnis für den anderen, was Voraussetzung für eine konstruktive politische Zusammenarbeit beider Länder ist. Damit können die gemeinsamen äußeren Herausforderungen, vor denen Deutschland, Frankreich und die EU stehen, im Spiegel der innenpolitischen Herausforderungen angegangen werden, denn nur gemeinsam lassen sich Antworten finden, um die Handlungsfähigkeit der EU zu stärken.

Abstract

From June 6 to 9, Europeans are called upon for the 10th time to elect their representatives for the upcoming term of the European Parliament. This analysis takes a comparative look at the German and French election campaigns and examines the themes and priorities with which the main German and French parties position themselves in the campaign. It becomes clear that in both countries, the extreme parties on the right and left of the political spectrum are gaining momentum, even though the CDU/CSU remains stable in Germany. Nevertheless, the European elections appear in both countries as a midterm election for the current sentiment of the population towards their national government. In France, they are repeatedly seen as a preliminary step for the presidential elections, which will take place in 2027, while in Germany, regional elections are scheduled for this fall, proving how far the far right party AfD can make headway.

A look at the main topics, programs, and proposals of the various parties running in Germany and France reveals how multifaceted the visions for the future of the European Union actually are. The traditional dividing line for or against Europe still structures the election campaign, but perceptions, criticism, and aspirations for the future design of the EU have become more complex and cannot be summarized in a binary stance of general rejection or support. A direct comparison of the respective German and French parties within the party families allows for a better understanding of each other, which is a prerequisite for constructive political dialog between the two countries. This way, the common external challenges faced by Germany, France, and the EU can be addressed in light of the domestic challenges, as solutions can only be found together to strengthen the EU's capacity to act.

Eileen Keller, Marie Krpata und Jeanette Süß*

Europawahlen 2024 in Deutschland und Frankreich

Zwischen nationalem Reflex und vertiefter Integration

* Dr. Eileen Keller ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutsch-Französischen Institut.

Marie Krpata ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am französischen Institut für internationale Beziehungen (Ifri).

Jeanette Süß ist wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am französischen Institut für internationale Beziehungen (Ifri).

** Zur leichteren Lesbarkeit verwendet der Text im Allgemeinen das generische Maskulinum. Gemeint sind jedoch immer alle Geschlechter.

Die Europäische Union steht an einem Scheidepunkt. Von außen ist sie durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine bedroht; eine weitere Ausweitung des Konflikts kann nicht ausgeschlossen werden. Von innen konterkarieren erstarkende euroskeptische, nationalistische und zum Teil offen rechtsextrem und geschichtsnegierend agierende Parteien die Zusammenarbeit in Europa. Der Schutz von Grundwerten wie Demokratie, freier Persönlichkeitsentfaltung und Rechtsstaatlichkeit innerhalb Europas gewinnt dadurch weiter an Dringlichkeit.

Seit den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2019 haben sich die Rahmenbedingungen in Europa maßgeblich verändert. Die Pandemie und die dadurch verursachte Wirtschaftskrise sowie der Angriffskrieg auf die Ukraine und die damit verbundene Energiekrise haben fast durchgängig Krisenmanagement erforderlich gemacht. Bei aller berechtigter Detailkritik ist es den europäischen Institutionen in Kooperation mit den Mitgliedstaaten doch gelungen, gemeinschaftlich durch die Krisen zu kommen. Einen wichtigen Beitrag dazu hat auch der durch Präsident Emmanuel Macron und die damalige Kanzlerin Angela Merkel vorangetriebene 750 Milliarden schwere Wiederaufbaufonds NextGenerationEU (NGEU) geleistet.

Wenn man den Blick nach vorne richtet, ist absehbar, dass die europäischen Institutionen auch in der neuen Legislaturperiode von Beginn an gefordert sein werden. Neben der Bewältigung der akuten Krisen stehen dabei vor allem die folgenden drei Themenbereiche im Mittelpunkt:

Erstens gilt es, im Hinblick auf die dreifache Transformation – Digitalisierung, Energie und Klima – wichtige Entscheidungen nicht weiter aufzuschieben. Mit dem 2019 verabschiedeten European Green Deal wurden bedeutende Weichen für die Klimaneutralität des Kontinents und den Weg dorthin gestellt; es stellt sich allerdings die Frage, inwiefern er im Hinblick auf das veränderte (geo)politische Umfeld angepasst werden muss.

Zweitens geht es im Funktionieren nach innen um die Handlungsfähigkeit der gemeinsamen Institutionen und die Achtung gemeinsamer Grundprinzipien, Verfahren und Werte. Darüber hinaus scheinen in der Perspektive der Aufnahme weiterer Staaten tiefgreifende institutionelle Reformen unausweichlich.

Drittens machen die Entwicklungen und neuen Unsicherheiten im Verhältnis zu China, den USA und Russland weitreichende strategische Entscheidungen erforderlich. Diese betreffen zum einen den Bereich der europäischen Verteidigungsfähigkeit, die vor allem durch Frankreich maßgeblich vorangetrieben wurde. Ganz besonders gefordert ist

Deutschland, das sich vorgenommen hat, seine Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIPs zu bringen und die eigene Armee zu modernisieren. Nun geht es darum, die verteidigungsindustrielle Basis der EU zu stärken. Dabei stellt sich die Frage, wie sich die Mitgliedstaaten bei Beschaffung und Entwicklung besser abstimmen können. 2022/23 entfielen 78 % der Aufwendungen der EU-Mitgliedstaaten für Rüstungsgüter auf Importe aus Drittstaaten.[1]

Zum anderen geht es darum, die Grundlinien einer europäischen Wirtschaftspolitik zu definieren, denn die Wettbewerbsfähigkeit der EU steht auf dem Spiel, wie der vor kurzem erschienene Bericht von Enrico Letta (der demnächst durch einen Bericht von Mario Draghi ergänzt werden soll), zeigt. Auch gilt es mehr in Forschung und Entwicklung zu investieren. Vor diesem Hintergrund ist – auch dank der deutsch-französischen Zusammenarbeit – eine Industriestrategie ins Leben gerufen worden, was noch vor ein paar Jahren undenkbar gewesen wäre.

Zwischen dem 6. und 9. Juni sind knapp 370 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den 27 Mitgliedsländern dazu aufgerufen, mit ihrer Stimmabgabe über den künftigen Kurs der Europäischen Union mitzuentscheiden. Im Vergleich zu den nationalen Parlamenten hat das Europäische Parlament zwar kein gesetzgeberisches Initiativrecht, im Rahmen des sogenannten ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens, dem mit Abstand wichtigsten, entscheidet es aber gleichberechtigt mit dem Rat der Europäischen Union, der Vertretung der nationalen Regierungen. In der Vergangenheit hat es dabei regelmäßig eigene Akzente gesetzt.

In Frankreich werden 81, in Deutschland 96 von insgesamt 720 Abgeordneten gewählt.[2] In Deutschland dürfen Jugendliche erstmals schon ab 16 Jahren wählen, in Frankreich, wie in den meisten anderen Mitgliedsstaaten, liegt das Wahlalter bei 18 Jahren. Während es in Frankreich eine 5 %-Hürde gibt, wird in Deutschland ein letztes Mal ohne Mindestquorum gewählt.

Mit den kommenden Wahlen werden wichtige Weichen gestellt. Es geht um nicht weniger als die Rahmenbedingungen für Sicherheit, Demokratie und Wohlstand in der EU angesichts eines massiv veränderten geopolitischen Umfeldes. Wie positionieren sich einzelne Parteien in Deutschland und Frankreich im Hinblick auf zentrale Herausforderungen, und für welche Prioritäten setzen sie sich ein?

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der Europawahlkampf in Frankreich mit weit mehr Virulenz geführt wird und schon im März und damit früher als in Deutschland begonnen hat. Es vergeht fast kein Tag, ohne dass nicht eine öffentliche Debatte zwischen den Spitzenkandidaten der jeweiligen französischen Parteien stattfindet. In Deutschland lagen die meisten Wahlprogramme zwar deutlich früher vor, der Europawahlkampf lief hingegen erst Ende April an und verläuft insgesamt weniger mediatisiert, was die inhaltliche Auseinandersetzung zwischen den Spitzenkandidaten betrifft. Gleichwohl gibt es den klassischen Straßenwahlkampf und Wahlwerbe-Spots im Fernsehen. Während in Frankreich die Europawahl zur Zwischenwahl für die nächsten Präsidentschaftswahlen 2027 stilisiert wird, stellen sie für Deutschland vor allem eine Testwahl mit Blick auf die anstehenden Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Thüringen und Sachsen dar.

Die nachfolgende Grafik gibt einen Überblick über die jüngsten Wahlprognosen in beiden Ländern. In Frankreich werden die stärksten Ergebnisse für den Rassemblement National erwartet, in Deutschland dürften die konservativen Schwesterparteien CDU/CSU einen ähnlich hohen Stimmenanteil erhalten. Deutliche Unterschiede im deutsch-französischen Vergleich gibt es auch bei den grünen und liberalen Parteien. Wie die Ergebnisse letztlich ausfallen, dürfte auch von der Wahlbeteiligung abhängig sein. Es bleibt abzuwarten, ob die hohe Beteiligung von 2019 (in Deutschland 61,4 %[3] im Vergleich zu 48,1 %[4] 2014, in Frankreich 50,1 %[5] im Vergleich zu 42,6 %[6] 2014) wieder erreicht wird.

[1] Jana Puglierin: For NATO to Thrive, Europe Needs to Wake Up, Internationale Politik Quarterly, Frühling 2024, abrufbar unter: https://ip-quarterly.com/en/nato-thrive-europe-needs-wake

[2] Aufgrund des Ausscheidens der britischen Abgeordneten und um Ungleichgewichte zu vermeiden, wählen die 27 verbleibenden Staaten künftig 720 statt 705 Abgeordnete. In Frankreich sind es künftig 3 mehr, für Deutschland ist die Zahl unverändert geblieben.

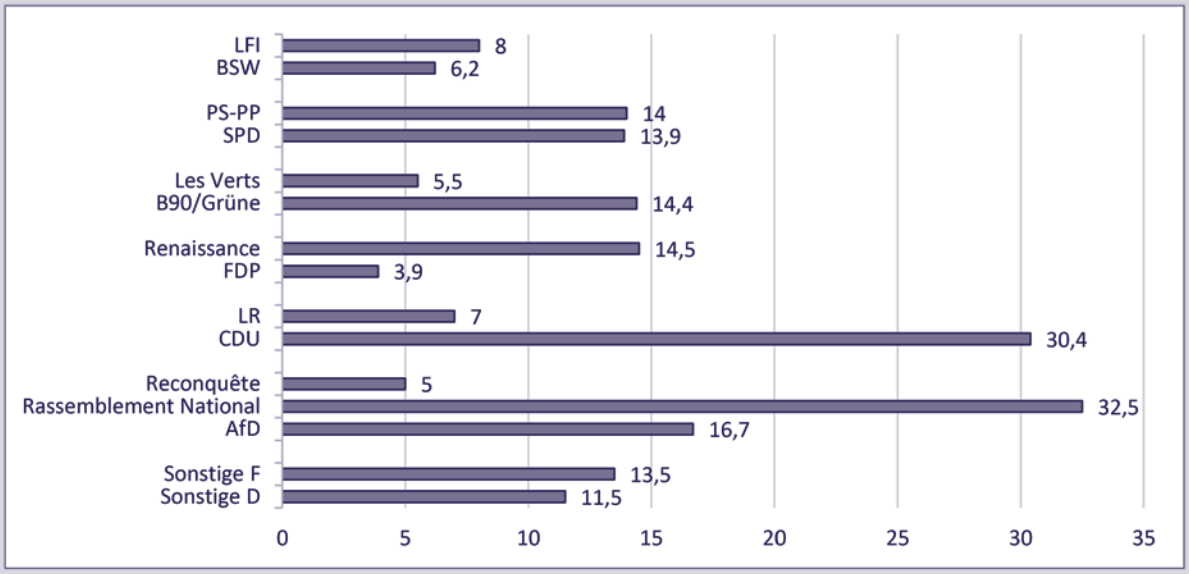
[3] „Wahlbeteiligung bei den Europawahlen in Deutschland von 1979 bis 2019“, Statista, 2. Januar 2024, abrufbar unter: https://de.statista.com/statistik/daten/studie/6818/umfrage/entwicklung-der-wahlbeteiligung-an-europawahlen-seit-1979/

[4] ibid.

[5] „Elections européennes 2024 : quels étaient les résultats en France en 2019 ?“, Touteleurope, 17. April 2024, abrufbar unter: https://www.touteleurope.eu/institutions/europeennes-2019-les-resultats-en-france/

[6] „Élections européennes 2019 : les résultats“, Vie Publique, 30. Mai 2019, abrufbar unter: https://www.vie-publique.fr/en-bref/38778-elections-europeennes-2019-les-resultats-definitifs

Abb. 1: Wahlprognosen zu den wichtigsten deutschen und französischen Parteien



Quelle: Frankreich: harris interactive und toluna, 14. Welle vom 28. und 29. Mai 2024. Deutschland: DAWUM Wahltrend vom 25.05.2024.

Die folgende Analyse nimmt den Wahlkampf in Deutschland und Frankreich vergleichend in den Blick und fragt, welche Themen und Dynamiken diesen prägen. Sie untersucht die unterschiedlichen Leitbilder, die bei den einzelnen Parteifamilien im Hinblick auf das europäische Integrationsprojekt vorliegen. Dabei skizziert sie zentrale Positionen der wichtigsten Parteien in beiden Ländern ausgehend von öffentlichen Äußerungen wichtiger VertreterInnen sowie den Parteiprogrammen.

Zwischen Selbstbehauptung und neuem Schwung: Die Europawahlen aus der Perspektive von BSW, Die Linke und LFI

Wie sind die Linksaußen-Parteien bei der Europawahl 2024 aufgestellt und worum geht es?

In Frankreich liegt die von Manon Aubry angeführte Liste derzeit bei 8 %. Im Gegensatz zu den letzten Wahlen zur französischen Nationalversammlung, bei denen sich die Parti socialiste (PS) und LFI gemeinsam mit weiteren Parteien und Gruppierungen aus dem linken Spektrum als gemeinsames Parteienbündnis präsentierten (NUPES, Nouvelle union populaire écologique et sociale), treten sie mit jeweils eigenen Listen an. Immer wieder war es seit 2022 zu Differenzen im Hinblick auf einzelne Themen und Aussagen gekommen, die den Zusammenhalt des Parteienbündnisses erodierten. Im Zuge umstrittener Hamas-Äußerungen von LFI-Chef Jean-Luc Mélenchon lässt die PS ihre Zugehörigkeit zu NUPES seit Oktober 2023 ruhen. Gleichwohl bewegt die Frage nach Einheit vs. Spaltung im linken Lager die Gemüter, auch im Hinblick auf die nächsten Präsidentschaftswahlen.

Eine neue Dynamik im Linksaußen-Lager dürfte sich durch die noch junge Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) entfalten, eine Abspaltung von der Partei Die Linke um eines ihrer bekanntesten Gesichter vom Herbst vergangenen Jahres. Das BSW beschreibt sich selbst als linkskonservativ. Profilgebend ist in Abgrenzung zur Partei Die Linke dabei vor allem eine in Gesellschaftsfragen stärker konservative Haltung (z.B. im Hinblick auf das Thema Zuwanderung), womit eine der AfD zuneigende Wählerklientel angesprochen werden dürfte. Spitzenkandidat für die Europawahlen ist Fabio de Masi, der für die Partei Die Linke zwischen 2014 und 2017 bereits Mitglied des Europäischen Parlaments war und zwischen 2017 und 2021 stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Die Linke im Bundestag. Die Partei Die Linke tritt mit dem Spitzenduo Martin Schirdewan, der gemeinsam mit seiner französischen Kollegin Manon Aubry von LFI der Fraktion Die Linke im Europaparlament vorsteht, und der Aktivistin Carola Rackete an, die unter anderem aus der Seenotrettung Geflüchteter bekannt ist.

BSW könnte aus dem Stand heraus laut Prognosen 6 bis 7 % der Stimmen erreichen – mehr als die Partei Die Linke bei den vergangenen Wahlen zum Europäischen Parlament einfuhr. Letztere verliert laut Prognosen im Vergleich zum letzten Wahlergebnis leicht (derzeit rund 3 % statt 4,5 %). Würde bei den Europawahlen die 5 %-Hürde gelten wie bei den Bundestagswahlen, wäre die Linke, die im Bundestag wegen dem BSW bereits ihre Fraktion auflösen musste, also nicht mehr vertreten. Ihr kommt daher das (noch) nicht vorhandene Mindestquorum zugute. Insgesamt scheint es einen gewissen Zulauf für BSW zu geben, der sich jedoch nicht nur aus einem Abzug von Stimmen von der Partei Die Linke, sondern auch der AfD speist. BSW möchte innerhalb des Europäischen Parlaments eine eigene Fraktion gründen. Was daraus für die bestehende Linksaußenfraktion GUE/NGL folgt, ist unklar, zumal das Verhältnis zur Partei Die Linke angespannt ist.[7] Prognosen zufolge könnte die EP-Fraktion GUE/NGL von derzeit 37 Sitzen auf 42 Sitze anwachsen.[8]

[7] Für mögliche Optionen vgl. auch Manuel Müller: Eine Wagenknecht-Fraktion im Europäischen Parlament? Mit wem das BSW auf EU-Ebene zusammenarbeiten könnte, Der (europäische) Föderalist, abrufbar unter https://www.foederalist.eu/2024/01/wagenknecht-fraktion-europaparlament.html

[8] „Poll of polls“, Politico, 31. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/

Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode – Wofür stehen LFI, BSW und Die Linke?

Wie bei den Rechtsaußenparteien geht es auch im Linksaußen-Lager um die tiefgreifende Umgestaltung bzw. den Rückbau der Gemeinschaftsinstitutionen. Dabei steht nicht die Maximalposition Austritt im Vordergrund. Vielmehr soll die EU radikal von innen umgestaltet werden, wenngleich in mancherlei Hinsicht fraglich ist, wie gewisse Zielvorstellungen in Einklang zueinander gebracht werden können.

Ein Europa à la carte vs. europäische Solidargemeinschaft

Im Zentrum des Programms von BSW steht das kooperative Europa „souveräner" Demokratien. Europapolitisch geht es dabei um mehr Handlungsspielräume auf nationaler Ebene und weniger Zentralisierung, dafür aber um mehr freiwillige Kooperation unter dem Label eines unabhängigen Europas souveräner Demokratien.[9] Im Programm wird argumentiert, dass die Entwicklung der EU „in Richtung eines supranationalen Einheits[!] staats" ein „Irrweg" sei und sich der europäische Einigungsprozess entsprechend in einer „Sackgasse" befinde. Vielmehr müssten die „haushalts-, sozial- und wirtschaftspolitische Souveränität" der Nationalstaaten garantiert werden. Durch „gleichberechtigte Kooperation" statt politischer Integration sollen gemeinsame Projekte und ein einheitlicher [!] Binnenmarkt hergestellt werden. Ambitionierte nationale Regeln seien dem kleinsten gemeinsamen europäischen Nenner überlegen.

Sowohl LFI als auch der Partei Die Linke geht es hingegen zuvorderst um einen sozial-ökologischen Umbau, der im Unterschied zu BSW zumindest partiell mit der Stärkung der gemeinsamen Institutionen einhergeht.[10] Gleichwohl wird auch bei LFI und Der Linken massiv Kritik am Funktionieren der EU geübt. Insbesondere wird kritisiert, dass der Verfassungsvertrag von 2005, der per Referendum gescheitert ist, in Form des Lissabonner Vertrags durch die Hintertür am Volkssouverän vorbei eingeführt worden sei. Die EU sei aus dieser Sicht als Regime mit autoritärer (!) Tendenz (*engagé sur une pente autoritaire*) zu werten, das von Partikularinteressen dominiert würde und in dem die nationalen Regierungen den Erpressungsversuchen der Kommission und der EZB ausgesetzt seien, so im Programm von LFI. Maßgebliche Pfeiler der bestehenden Architektur (Freihandelsabkommen, Budget- und Beihilferegeln, Geldpolitik, Arbeitnehmerfreizügigkeit) werden in ihrem bisherigen Funktionieren in Frage gestellt und sollen durch andere Regeln ersetzt werden, ausgehend von neuen Vertragsgrundlagen. Ziel ist, die angebliche Austeritätspolitik der EU zu bekämpfen und Wohlstand vor allem an sozial benachteiligte Menschen zu verteilen, um dem Volk mehr europäische Souveränität zu verleihen (solidarité populaire européenne).

Vorrang des sozialen vor dem wirtschaftlichen Europa

Aus diesen unterschiedlichen Grundhaltungen gegenüber der EU ergeben sich unterschiedliche Prioritäten im Bereich der Fiskal- und Haushaltspolitik. Bei BSW soll fiskalische Handlungsfähigkeit auf nationaler Ebene durch eine Flexibilisierung der Haushaltsregeln (Stichwort golden rule) gestärkt werden, eine Ausweitung des EU-Haushalts wird entsprechend abgelehnt. Auch das europäische Beihilferecht soll weitgehend eingedampft werden. LFI und Die Linke setzen sich hingegen für ein größeres europäisches Budget und neue europäische Eigenmittel ein, um damit den sozial-ökologischen Umbau der Union zu finanzieren. Alle drei Parteien sprechen sich für die Abschaffung der europäischen Fiskalregeln aus. Weitere Forderungen von LFI und Die Linke beziehen sich auf die Funktion und das Mandat der EZB (Monetarisierung von Staatsausgaben) und den Umgang mit Staatsschulden (Stichwort Neuverhandlung) ebenso wie die Unterordnung der Grundfreiheiten des Binnenmarkts unter einen sozialen und ökologischen Protektionismus.

[9] Vgl. BSW, „Programm für die Europawahl 2024", abrufbar unter: https://bsw-vg.eu/

[10] Vgl. „Le programme de l'Union Populaire", abrufbar unter https://lafranceinsoumise.fr/europeennes-2024/programme-de-lunion-populaire/

Große Überschneidungen gibt es im sozialen Bereich. Etwa findet sich bei BSW eine soziale Fortschrittsklausel, die den Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten vorsieht. Selbiges gilt für den sozialen und ökologischen Protektionismus bei LFI. Beide setzen sich für mehr Steuergerechtigkeit, mehr Konvergenz bei der Unternehmensbesteuerung und eine internationale Transaktionssteuer ein.

Mehr vs. weniger EU in den Bereichen Migration und Green Deal

Unterschiede dominieren in den Bereichen Migration und Klima. Während sich BSW für einen konservativen Kurs einsetzt (Asyl- und Prüfverfahren zum Schutzstatus sollten an den EU-Außengrenzen oder in Drittländern erfolgen) und im Bereich der Klimawende neben staatlichen Zuschüssen vor allem auf das Potenzial des technischen Fortschritts setzt, fordert LFI, wie die Partei Die Linke, dass Schutzsuchende „würdig“ empfangen und aufgenommen werden und der Asyl- und Migrationspakt ausgesetzt wird. Der Green Deal hingegen soll vollständig und ohne regulatorische Pausen umgesetzt und um einen noch weitergehenden Plan ergänzt werden; allerdings fordert auch LFI, wie BSW, das Ende des europäischen CO_2-Handelssystems. Bei LFI soll dieses durch eine ökologische Planwirtschaft (planification écologique) mit dem Ziel der Klimaneutralität 2040 anstatt bislang 2050 ersetzt werden. In diesem Zusammenhang plädiert LFI sogar für einen Ausstieg aus der Atomkraft. Auch Die Linke spricht sich für Klimaneutralität bis 2040 aus.

Gegen europäisches Vasallentum im Verhältnis zu den Supermächten?

Alle drei Parteien fordern einen Waffenstillstand in der Ukraine. Während LFI bereit ist, die Ukraine weiter militärisch zu unterstützen, möchte Die Linke Waffenlieferungen komplett einstellen. BSW fordert dies ebenfalls, sofern der russische Präsident im Gegenzug bereit ist, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Sowohl BSW als auch Die Linke setzen sich in pazifistischer Tradition für mehr Abrüstung ein. BSW spricht sich für die Wiederaufnahme von Gas- und Ölimporten aus Russland aus und sieht in den Sanktionen gegen Russland, im Gegensatz zu LFI und Der Linken, kein wirksames Mittel, um den Ukraine-Krieg zu beenden. Die Russlandnähe, NATO-Kritik (Kriegstreiberei) und zögerliche Haltung in Bezug auf die Unterstützung der Ukraine von LFI, insbesondere von Parteichef Mélenchon, ist dabei ähnlich wie bei Marine Le Pen zu Beginn des Angriffskriegs auf Kritik gestoßen. Im Verhältnis zu den USA und China befürworten BSW und Die Linke einen Kurs, der die Blockbildung und Stellvertreterkriege verhindern soll. Alle drei Parteien stehen u.a. aus Sorge vor Sozial- und Umweltdumping der EU-Erweiterung kritisch gegenüber, auch im Hinblick auf die Ukraine.

Das soziale Europa stärken: die Europawahlen im sozialdemokratischen Lager

Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode – Wofür stehen Parti socialiste-Place Publique und die SPD?

Zu den bemerkenswertesten Dynamiken des französischen Europawahlkampfes gehört der Zulauf, den die gemäßigte Liste um Raphaël Glucksmann erfährt, die ihr Ergebnis im Vergleich zur vergangenen Europawahl (2019 waren es 6 %) mehr als verdoppeln könnte (14 %). Raphaël Glucksmann gehört seit 2019 dem Europäischen Parlament an und war 2018 Mitbegründer der (Kleinst)Partei Place Publique (PP), die sich als linke pro-europäische Initiative aus der Zivilgesellschaft verstanden wissen will und programmatisch eine große Nähe mit den moderaten linken Parteien einschließlich der Grünen aufweist. Bereits im Oktober 2023 hatte Glucksmann seine erneute Kandidatur angekündigt. Anfang 2024 entschied sich die finanziell geschwächte und personell ausgedünnte PS dazu, sich für die Europawahlen erneut der Liste von PP anzuschließen.

Glucksmann, der in den sozialen Medien sehr präsent ist und fast schon als Shootingstar gefeiert wird, gelingt es dabei, vor allem aus Mélenchons, aber auch aus Macrons Lager Zulauf zu generieren.[11] Im Austausch mit Anhängern aus dem Mélenchon-Lager setzt sich PS-PP für ein differenziertes Bild der EU ein, wohingegen er aus LFI-Sicht abgehoben und wenig volksnah erscheint.[12] Demgegenüber macht Glucksmann geltend, sich für die Anliegen der Plattformarbeiter eingesetzt und Maßnahmen für ein sozialeres Europa maßgeblich vorangetrieben zu haben. Zudem pocht er gegenüber den Macronisten und dem Rassemblement national vehement darauf, die Europawahlen nicht künstlich auf ein Duell zwischen den beiden Kräften im Sinne eines vereinfachenden Votums für oder gegen Europa (bzw. die Regierung) zu reduzieren. Die sozialdemokratische Fraktion (S&D) im EP, der sowohl die SPD als auch PS-PP angehören, könnte von derzeit 140 auf 136 Sitze leicht schrumpfen.

In Deutschland liegt die von der ehemaligen Justizministerin und Europaabgeordneten Katarina Barley geführte Liste der SPD mit knapp 14 % derzeit fast gleichauf mit den Grünen und der AfD auf Platz 3. Von ihrem historisch schwachen Ergebnis aus dem Jahr 2019 (16 % im Vergleich zu 27 % bei den Europawahlen von 2014) scheint sie sich damit nicht zu erholen. Offenbar schmälern die niedrigen Zustimmungswerte für den Bundeskanzler und die SPD als Regierungspartei die Beliebtheit der SPD auch im Europawahlkampf. Als eher unscheinbare Spitzenkandidatin versucht Barley im Wahlkampf ihren Einsatz für das Thema der Rechtsstaatlichkeit geltend zu machen, sich als EU-Befürworterin für ein soziales Europa einzusetzen und sich damit insbesondere von der Spitzenkandidatin der CDU/CSU, Ursula von der Leyen, abzugrenzen. Dies betrifft vor allem den konzilianten Umgang von der Leyens mit eingefrorenen Geldern für Ungarn, aber auch die Debatte um ein mögliches Paktieren zwischen der EVP und der EKR (Europäische Konservative und Reformer) um die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni.

Ein Europa, das schützt und resilient wirtschaftet

An erster Stelle im Wahlprogramm der SPD unter dem Titel *Gemeinsam für ein starkes Europa* stehen die wirtschaftliche Resilienz und das soziale Europa. Es findet sich dabei eine Lesart der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, wie sie Präsident Macron in seiner zweiten Sorbonne-Rede ansprach und sie auch im unlängst vorgelegten Binnenmarktreport von Enrico Letta zum Ausdruck kam: Dass europäische Wirtschaftspolitik stärker die globale Wettbewerbsposition europäischer Unternehmen in den Blick nehmen müsse.[13] Dies gilt sowohl im Hinblick auf eine europäische Industriestrategie im Sinne einer Standort- und Resilienzstrategie, als auch auf eine Weiterentwicklung des europäischen Wettbewerbs- und Kartellrechts,

[11] Antoine Bristielle 2024: de Macron ou Mélenchon à Glucksmann : vers un renouveau de la social-démocratie ? Abrufbar unter: https://www.jean-jaures.org/publication/de-macron-ou-melenchon-a-glucksmann-vers-un-renouveau-de-la-social-democratie/?post_id=55185&export_pdf=1

[12] Vgl. hierzu den öffentlichen Briefwechsel zwischen Raphaël Glucksmann und François Ruffin, abrufbar unter: https://francois-ruffin.fr/cher-raphael-glucksmann/ und https://www.raphaelglucksmann.fr/cher-francois-ruffin/

[13] Vgl. „Gemeinsam für ein starkes Europa“. Das Wahlprogramm der SPD.“, abrufbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/EuroDel/20240128_Europaprogramm.pdf

wenngleich vor den Risiken von zu großer Marktmacht gewarnt wird. Parallel dazu ist das schützende soziale Europa der Arbeit, der Mitbestimmung und der Betriebsräte eine weitere wichtige Säule der SPD.

Die Kampagne von PS-PP steht unter dem Slogan *Réveiller l'Europe* (Europa aufwecken) und möchte sich zukunftsorientiert mit der Zielvorstellung einer ökologischen europäischen (Super)Macht (*puissance écologique européenne*) vor allem den national-populistisch betriebenen Untergangsszenarien entgegenstellen. Im Vergleich zur wirtschafts- und sozialpolitischen Rahmung bei der SPD steht bei Glucksmann die europäische Sicherheitsarchitektur an erster Stelle.[14] Glucksmann, der im Europäischen Parlament den Sonderausschuss zur ausländischen Einflussnahme leitete, in Georgien und der Ukraine gelebt hat und den georgischen Präsidenten beriet, warnt eindrücklich vor der Verharmlosung der russischen Gefahr für den gesamten Kontinent („Il ne s'agit pas d'une guerre territoriale, mais d'une croisade militaire, idéologique et politique contre nos démocraties" - „es handelt sich nicht um einen Territorialkrieg, sondern um einen militärischen, ideologischen und politischen Kreuzzug gegen unsere Demokratien")[15].

Diese Gefahr im Verhältnis zu Russland lange unterschätzt zu haben, hält er Emmanuel Macron als grobe Fehleinschätzung vor. Dass sich die SPD insgesamt verhaltener äußert, dürfte auch an dem bis heute schwierigen und parteiintern nicht unumstrittenen Verhältnis der Partei zu Russland liegen.[16] Olaf Scholz wird vorgeworfen, sich als „Friedenskanzler"[17] für die Bundestagswahlen 2025 zu positionieren, indem er immer wieder davor warnt, keine roten Linien zu überschreiten, wie die Debatten um die Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern und die Entsendung von Bodentruppen deutlich machten. Er möchte den Krieg nicht eskalieren und Deutschland nicht zur Kriegspartei werden lassen. Aus Sicht der CDU stellt Scholz ein „Sicherheitsrisiko"[18] dar.

Auf dem Weg zu einer europäischen Fiskalunion?

Beide Parteien setzen sich im Kern für mehr Europa ein. Sie stehen für mehr Steuerharmonisierung sowie eine Stärkung der europäischen Eigenmittel. Das Wahlprogramm der SPD beruft sich in diesem Zusammenhang auf den Erfolg des Wiederaufbauprogramms NGEU und des Kurzarbeitergelds SURE und möchte „aus diesem starken Zeichen der europäischen Solidarität einen dauerhaften Integrationsfortschritt machen."[19] Transformationen sollen abgefedert und vor allem akuten Krisen soll mit gemeinschaftlicher Kreditaufnahme begegnet werden. SURE soll, wie auch bei PS-PP, im Sinne einer dauerhaften europäischen Arbeitslosenrückversicherung weiterentwickelt werden, ohne allerdings, „dass es hierbei zu dauerhaften Finanztransfers kommt".[20] PS-PP setzt sich für eine Vergemeinschaftung von Schulden zur Finanzierung großer europäischer Projekte in den Bereichen Verteidigung, Industrie, Ökologie, Gesundheit und Digitalisierung ein. Insgesamt wird ein EU-Budget in Höhe von 5 % des BIPs angestrebt, das u.a. durch neue Eigenmittel finanziert werden soll. Eine Flexibilisierung des EU-Beihilferechts müsse im Gegenzug damit einhergehen, dass „fiskalisch schwächere Mitgliedstaaten europäische Mittel im Sinne einer gemeinsamen Investitionspolitik einsetzen können"[21], so explizit bei der SPD.

Stärker als die SPD plädiert die PS-PP für die Etablierung eines neuen politischen und sozialen Kräfteverhältnisses, das vor allem die „Superreichen" stärker finanziell belastet. Bereits im Juli vergangenen Jahres hatte Glucksmann eine europäische Bürgerinitiative (*Tax the rich*) mitgestartet, womit ein Gesetzesvorschlag seitens der Kommission zu dem Thema erwirkt werden soll.[22] Ergänzt wird dies um eine deutlich höhere Besteuerung der multinationalen Großkonzerne, die Besteuerung von Superprofiten und Vorgaben zum Lohnverhältnis innerhalb der Unternehmen. Glucksmann pocht auf das Ende der Freihandels-Ära und damit verbunden der Notwendigkeit, europäischen Gütern und Dienstleistungen Priorität einzuräumen. Ein *Buy European Act* für das öffentliche Beschaffungswesen sowie eine *Made in Europe*-Strategie für die Produktion und eine

[14] Vgl. nachfolgend insbesondere Glucksmanns Rede in Straßburg vom 25. April 2024, abrufbar unter: https://www.glucksmann2024.eu/europe_2030_discours_de_strasbourg_jeudi_25_avril sowie das Parteiprogramm, „le programme. réveiller l'Europe", PS, abrufbar unter: https://assets.nationbuilder.com/reveillerleurope/pages/176/attachments/original/1715873030/Programme_V6.pdf?1715873030

[15] Europe 2030. Discours de Strasbourg. 25. April 2024

[16] Siehe etwa auch den Beitrag "Sicherheit mit oder vor Russland?" von Rolf Mützenich, abrufbar unter: https://www.rolfmuetzenich.de/publikation/sicherheit-russland

[17] „Der düpierte Friedenskanzler – Olaf Scholz hat sich verzockt", Handelsblatt, 2. Juni 2024, abrufbar unter: https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-der-duepierte-friedenskanzler-olaf-scholz-hat-sich-verzockt/100041674.html

[18] „CDU bezeichnet Scholz als ‚Sicherheitsrisiko'", Welt, 4. März 2024, abrufbar unter: https://www.welt.de/politik/video250386280/Abhoerskandal-CDU-bezeichnet-Scholz-als-Sicherheitsrisiko.html

[19] Das Wahlprogramm der SPD für die Europawahl 2024

[20 - 21] ibid.

[22] Bislang wurden über 200.000 Stimmen gesammelt, insgesamt wird eine Million innerhalb eines Jahres benötigt, siehe https://citizens-initiative.europa.eu/initiatives/details/2023/000006_en

Absicherung von Wertschöpfungsketten durch gezielte Abkommen mit Dritten sollen dies sicherstellen, weitere Freihandelsabkommen im herkömmlichen Sinne lehnt PS-PP hingegen ab. Anstelle des Leitbilds eines offenen Wirtschaftsraums tritt das Bild eines stärker nach innen gerichteten europäischen Schutzraums um geteilte Interessen und Prinzipien.

Zwischen Zögerlichkeit und Entschlossenheit - europäische Verteidigungsfähigkeit stärken

Ein zentraler Vorschlag von Glucksmann ist ein europäischer Verteidigungsfonds über 100 Milliarden Euro, der durch eine europäische Kreditaufnahme finanziert werden soll. Zusätzlich sollen die über 200 Milliarden an eingefrorenen russischen Guthaben auf europäischen Banken ebenfalls zur Unterstützung der Ukraine herangezogen, Waffenlieferungen an die Ukraine insgesamt beschleunigt und Rüstungskäufe stärker europäisch gedacht werden. So wie sich die EU im Angesicht der Pandemie aufgestellt hat, so müsse sie auch auf den Krieg reagieren. Seiner Kritik am russischen Imperialismus versucht er dabei aufgrund seiner eigenen Vita für den georgischen Freiheitskampf besondere Glaubwürdigkeit zu verleihen und verweist darauf, dass der Krieg in der Ukraine bereits 2008 begann.[23]

Bundeskanzler Olaf Scholz hat mit dem Ausruf seiner Zeitenwende eine Wiederaufrüstung Deutschlands in die Wege geleitet. Deutschland ist der zweitwichtigste militärische Unterstützer der Ukraine und mittlerweile hat sich auch innerhalb der SPD (wie auch bei der CDU) die Erkenntnis durchgesetzt, dass die europäische Verteidigungsfähigkeit gestärkt werden muss. Die langfristige Vision einer europäischen Armee wird weiterverfolgt, wenngleich unklar bleibt, wie diese umzusetzen ist, ein Verteidigungsministerrat soll eingeführt werden, ein „europäischer Binnenmarkt für Verteidigung“[24] geschaffen und Europas Sicherheit soll durch die deutsche Brigade in Litauen verteidigt werden. Europäische Verteidigungsfonds sollen „substanziell besser aus[gestattet] werden“[25] und das Amts des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik aufgewertet werden. Gleichwohl findet sich bei der SPD ein starkes Bekenntnis zur USA als wichtigem Sicherheitspartner. Durch die von Bundeskanzler Olaf Scholz ins Leben gerufene gemeinsame Luftverteidigung „European Sky Shield Initiative“ stärkt Deutschland den europäischen Pfeiler der NATO.

Gleichzeitig hält die SPD „als die Friedenspartei in Deutschland“[26] an ihrer Politik fest, die darin besteht, diplomatische Bemühungen aufrechtzuerhalten, Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vordergrund zu stellen. Jegliche weitere Waffenlieferungen an die Ukraine sollten „vorsichtig abgewogen“[27] werden.

Nachhaltigkeit sozialverträglich stärken

Die SPD setzt sich für eine Vollendung der Energieunion ein. Die Strompreisbildung soll dabei stärker an den Realitäten der erneuerbaren Energien angelehnt werden, ein europäischer Rahmen für Brückenstrompreise soll für wettbewerbsfähige Strom- und Energiepreise sorgen. Die Förderung der Atomenergie durch EU-Mittel lehnt die SPD klar ab, weil Steuergelder nicht in die „teure und unzuverlässige Hochrisikotechnologie Kernenergie“[28] fließen sollen. PS-PP setzt ebenfalls auf eine deutliche Stärkung der erneuerbaren Energien (europaweit 45 % bis 2030, 70 % bis 2040), da Frankreich deren Ausbau verschlafen hat (*la France a raté le train des renouvelables*)[29] - ohne allerdings aus der Atomkraft aussteigen zu wollen. Sogar der Bau von Reaktoren der neuen Generation (EPR) wird nicht grundsätzlich abgelehnt, auch wenn dies nicht Aufgabe der EU ist. Auch der Ausstieg aus den fossilen Energien soll zügig vorangetrieben werden.

Um die Klima- und Energiewende zu stemmen und um die Abhängigkeiten gegenüber China zu reduzieren und die europäische Souveränität zu stärken, will PS-PP einen europäischen Staatsfonds über 200 Mrd. Euro einrichten. PS-PP fordert, wie LFI, einen ökologischen Protektionismus, der über die Berücksichtigung der gleichen Regeln für die EU und ihre Handelspartner die Produktionsbedingungen an Europa angleicht. Auch der CO_2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM)

[23] Raphaël Glucksmann im Fernsehinterview am 19. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.france.tv/info/emission-politique/6066257-l-evenement-l-interview-raphael-glucksmann.html

[24] Das Wahlprogramm der SPD für die Europawahl 2024

[25 - 28] ibid.

[29] Raphaël Glucksmann im Interview mit BFMTV am 19. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.dailymotion.com/video/x8yqm8e

soll weiter ausgebaut werden. Insgesamt soll die Klimawende unter einen stärker planerischen Ansatz gestellt werden.

Auch die SPD steht für eine Fortführung des Green Deals mit einer Stärkung der sozialen Flankierung. Dies gilt auch für die gemeinsame Landwirtschaftspolitik (GAP), die nachhaltiger werden soll. Analog zum Deutschlandticket, fordert die SPD ein europaweit geltendes Ticket: alle 18-Jährigen sollen im Sinne einer Ausweitung von DiscoverEU ein kostenloses Interrailticket erhalten. Auch bei PS-PP findet sich ein 49 Euro Klimaticket für den öffentlichen Nah- und Regionalverkehr (für Frankreich) sowie ein ausgebautes Erasmus für alle.

Für ein rechtsstaatliches, handlungsfähiges und erweitertes Europa

Eine Stärkung der Demokratie und des Rechtsstaats ist sowohl für die SPD als auch für PS-PP ein zentrales Anliegen. Insbesondere die SPD macht mit ihrer Spitzenkandidatin Katarina Barley Werbung für das Thema im Europawahlkampf. Auf den Wahlplakaten wird explizit dazu aufgerufen, den "Rechtsruck [zu] stoppen". Dies ist auch vor dem Hintergrund der persönlichen Anfeindungen und brutalen Attacken auf einzelne SPD-Politiker von Neonazi-Gruppierungen zu sehen.[30] Zwar setzen sich sowohl PS-PP als auch die SPD für die Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten einschließlich der Ukraine und Moldau sowie perspektivisch Georgiens ein und sehen, wie es im SPD-Programm wörtlich heißt, in der Erweiterungspolitik „eines der wichtigsten Instrumente der EU-Außenpolitik"[31]. Um aber mit über 35 Mitgliedsstaaten handlungsfähig zu bleiben, sprechen sich beide Parteien gegen das Einstimmigkeitsprinzip im Rat aus. Verstöße gegen die Grundwerte der EU sollen besser geahndet werden. Ein Initiativrecht des Parlaments findet sich ebenfalls bei beiden Listen, PS-PP fordert zusätzlich, dass das Parlament auch Steuern beschließen soll. Die SPD fordert, wie auch PS-PP, das Spitzenkandidatenprinzip zur Ernennung des Kommissionspräsidenten und europäische Wahlkreise / transnationale Listen.

Zwischen Vision und Regierungsverantwortung: europäische Migrationspolitik auf dem Prüfstand

Deutlichere Unterschiede finden sich im Bereich Migration und Asyl. Die SPD betont die individuelle Schutzdimension und pocht darauf, dass Verfahren an den Außengrenzen nicht zu schlechteren Verfahren führen dürften. Sie verweist auf den illegalen Charakter von Pushbacks, betont die solidarische Beteiligung aller Mitgliedstaaten und fordert, wie auch PS-PP, mehr legale (Arbeits-)Migration und sichere Fluchtwege. Auch PS-PP betont die Schutzpflicht, möchte aber bei der Aufnahme von Asylsuchenden deren Wünsche stärker berücksichtigen und ist gegen Verfahren in Drittstaaten. Eine europäisch finanzierte Seenotrettung sowie eine vertiefte Integration bei der Asylvergabe werden ebenfalls gefordert. Im Gegensatz zur Regierungspartei SPD hat PS-PP dem Migrations- und Asylpakt nicht zugestimmt. Dennoch weist auch die SPD auf die Einhaltung völkerrechtlicher Standards, insbesondere in Bezug auf die Rolle von Frontex, hin. Während in Frankreich die Kritik am Migrationspakt als Abschottungspolitik Macrons gegeißelt wird, hat die SPD mit Innenministerin Nancy Faeser von der SPD den Pakt maßgeblich mitgestaltet.

[30] „Verdächtiger soll rechtsextremen Hintergrund haben", Tagesschau, 7. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/angriff-ecke-ermittlungen-tatverdaechtiger-100.html

[31] Das Wahlprogramm der SPD für die Europawahl 2024

Der Verlust einstiger Größe? Die Europawahlen bei den Grünen

Wie sind die Grünen bei der Europawahl 2024 aufgestellt und worum geht es?

Mit dem Duo Bas Eickhout und Terry Reintke führen ein Niederländer und eine Deutsche die Liste der europäischen Grünen für die Europawahlen 2024 an. Terry Reintke ist dabei ebenfalls die Spitzenkandidatin der deutschen Grünen, während Marie Toussaint Spitzenkandidatin der französischen Grünen, Les Ecologistes - Europe Ecologie-Les Verts, ist.

2019, bei den letzten Europawahlen, stand Klimaschutz unter dem Eindruck von Greta Thunberg und *Fridays for Future* im Vordergrund der Wahlkampagne, und die Grünen erreichten 72 von 705 Mandaten – ein Zugewinn von 23 Mandaten im Vergleich zu den vorherigen Wahlen. Sie wurden damit die viertgrößte Fraktion im Europaparlament. Fünf Jahre später scheint sich das Blatt allerdings zu wenden. Vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine und der schlechten Wirtschaftsleistung im EU-Raum drohen Prestigeprojekte wie der Green Deal ins Hintertreffen zu geraten. Das einstige *Man on the Moon*-Projekt von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stößt angesichts des befürchteten Wettbewerbsverlusts des Standortes Europa und der Angst um eine Deindustrialisierung auf Kritik. „Wir erleben einen Angriff auf den Green Deal, zum Teil unterstützt von den Konservativen und Liberalen[32]“, meinte Terry Reintke kürzlich in einem Interview. Aus Sicht der Grünen gilt es, an der klimapolitischen Front Erreichtes nicht wieder rückgängig zu machen und ambitioniert bei dem anzusetzen, was bereits beschlossen wurde, um den Green Deal weiter umzusetzen.

Der Sensationserfolg von 2019 dürfte für die Grünen in diesem Jahr ausbleiben: Kamen die deutschen Grünen 2019 auf 20 % der Stimmen (und somit auf 21 Sitze), so dürften sie im Juni nur mehr 14,2 % erreichen.[33] In Frankreich verhält es sich ähnlich: Erhielten die französischen Grünen 2019 noch 13 % der Stimmen (und damit 13 Sitze), so wird damit gerechnet, dass sie im Juni auf 6,5 % kommen.[34] Im schlimmsten Fall könnte ihnen aber auch der Einzug ins Europaparlament verwehrt bleiben, sollten sie unter 5 % bleiben.

[32] ZIB-2, Österreichischer Rundfunk, 7. Mai 2024, abrufbar unter: www.orf.at

[33] „Neueste Wahlumfragen im Wahltrend zur Europawahl“, Dawum, abrufbar unter: https://dawum.de/Europawahl/

[34] Umfrageergebnisse laut Ipsos vom 15. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.commission-des-sondages.fr/notices/files/notices/2024/mai/9789-eur-ipsos-radio-france-le-parisien-iv-europ-vague-2-le-15-mai.pdf

Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode – Wofür stehen die Grünen?

Angesichts der Bedeutung des Themas Klimaschutz, das nichts an seiner Dringlichkeit eingebüßt hat, halten die Grünen, trotz wachsenden Widerstands, an ihren Forderungen hinsichtlich des grünen Wandels fest. Dabei ist die Umsetzung des Green Deals, der die Klimaneutralität bis 2050 und eine Senkung von CO_2-Emissionen um 55 % bis 2030 vorsieht, das Hauptanliegen der Grünen. Weiterhin soll es darum gehen, auf die grünen Kernthemen wie Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu setzen.

Mit dem grünen Wandel fortfahren

So gedenken die französischen Grünen, den grünen Wandel durch massive Investitionen voranzubringen. Sie setzen sich für die Kreislaufwirtschaft, die Reparierbarkeit von Produkten und Recycling ein. Ein *Digital Green and Social Deal* soll zur Reindustrialisierung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der EU

und zur Förderung von umweltfreundlichen Technologien mit geringem CO_2-Fußabdruck sorgen. Die französischen Grünen haben es sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 CO_2-Emissionen um 70 % zu senken und bis 2040 zu 100 % auf erneuerbare Energien zu setzen. Auch die deutschen Grünen streben es an, die europäischen Emissionsziele durch verbindliche Zwischenziele für 2035 und 2040 zu ergänzen. Zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes soll die Elektrifizierung von Antrieben, Produktionsprozessen und Heizungen vorangetrieben werden, der massive Ausbau erneuerbarer Energien soll bis 2035 die Stromversorgung in der EU klimaneutral machen.

Sozialpolitik an zentraler Stelle

An der sozialen Front soll aus Sicht der französischen Grünen dort angesetzt werden, wo der Wiederaufbaufonds NGEU mit dem Abfedern sozialer und wirtschaftlicher Konsequenzen der Krise zum Tragen gekommen ist. So soll beispielsweise eine Vermögenssteuer eingeführt werden, die dem Klima zugutekommen soll. Durch eine bessere Koordinierung der Unternehmenssteuern soll gegen Sozialdumping vorgegangen werden und eine europäische Arbeitslosenversicherung und eine Versicherung für Auszubildende eingeführt werden. Auch im Parteiprogramm der deutschen Grünen heißt es: die EU sei „auch eine soziale Union, die sich dem sozialen Fortschritt verschrieben hat“.[35] Sie solle „verbindliche Standards“[36] setzen für „faire Löhne“[37] und „gegen Willkür und Ausbeutung“[38].

Auf der Verbraucherseite soll auch grüne Mobilität gefördert werden. Innereuropäische Flüge unter viereinhalb Stunden sollen laut den französischen Grünen untersagt werden. Sie fordern ein Klimaticket, das sozial gerecht ausgestaltet werden soll. Ähnlich sehen es die deutschen Grünen, die ein gemeinsames Angebot für die europäischen Bahnen, analog zum Deutschlandticket, fordern. Von Seiten der französischen Grünen wird außerdem eine Senkung der Mehrwertsteuer auf grüne und in Europa hergestellte Produkte vorgesehen.

Skeptische Haltung in Sachen Handelspolitik

Handelspolitisch gesehen setzen die französischen Grünen auf „grünen Protektionismus“.[39] Der CBAM soll ausgeweitet werden. Um das Recht auf gesunde, faire und lokale Lebensmittel für alle zu gewährleisten, möchte man außerdem auf eine „gerechte Handelspolitik“[40] setzen und notfalls aus Freihandelsabkommen, die diesem Anspruch nicht gerecht werden, aussteigen. Bei den deutschen Grünen steht man der aktuellen Handelspolitik ebenfalls skeptisch gegenüber. Vielmehr pocht man auf faire, ökologische und „postkoloniale“ Abkommen, bei denen Menschenrechte, die Biodiversität und das Weltklima geschützt werden. „Umsetzbare, überprüfbare und rechtlich verbindliche, einklagbare Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial- und Klimaschutzes“[41] sollen dies ermöglichen. Außerdem sollen Handelsabkommen Technologietransfer gewährleisten. Von einem „intensiven Abbau von Rohstoffen im Globalen Süden für den Konsum des Globalen Nordens“[42] soll indes abgesehen werden.

Resilienter und wettbewerbsfähiger durch grüne Technologien

Die französischen Grünen wollen Abhängigkeiten der EU von Drittstaaten, insbesondere bei fossilen Brennstoffen gegenüber Russland verringern. Doch auch die Abhängigkeiten von China und Indien im Hinblick auf Generika, wie sie die Covid-Krise offenbarte, sollen abgebaut werden. Die deutschen Grünen sehen es ähnlich: Sie wollen in Innovation, Souveränität und Resilienz investieren. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Halbleiterindustrie, Wasserstoff, Quantencomputing und -kommunikation und Künstlicher Intelligenz. Damit versprechen sie sich, die Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der EU gegenüber Konkurrenten aus China und den USA zu erhalten. Die französischen Grünen wollen sogar europäischen Unternehmen verbieten, aus der EU abzuwandern, um ein eigenständiges Handeln der EU, den Erhalt wichtiger Technologien und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

[35] „Was uns schützt. Europawahlprogramm 2024“, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, abrufbar unter: https://cms.gruene.de/uploads/assets/20240306_Reader_EU-Wahlprogramm2024_A4.pdf.

[36 - 38] ibid.

[39] „Pour un état providence écologique européen“, Europawahlprogramm 2024 von Les Ecologistes - Europe Ecologie-Les Verts, abrufbar unter: https://ecologie2024.eu/document/3bcmxyxNgzMiXBlAqIs1zN/eu24-programme-a4-court-v3-web.pdf

[40] ibid.

[41] Europawahlprogramm 2024, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

[42] ibid.

Atomenergie wird im Parteiprogramm der französischen Grünen nur kurz angerissen: So heißt es, dass die vermehrte Nutzung von Kernenergie dem Anspruch der Ziele des Pariser Klimaabkommens von 2015 nicht gerecht wird. Die deutschen Grünen werden hier deutlicher: Atomkraft ist keine nachhaltige Form der Energiegewinnung und sie ist nicht geeignet, die Klimakrise zu bekämpfen."[43] Trotz der geopolitischen Umwälzungen hielten die Grünen vehement am Atomausstieg Deutschlands fest, was ihnen nicht zuletzt die Kritik der Opposition, der Liberalen wie auch von Frankreich eingebracht hat. Im Gegensatz zu den deutschen Grünen müssen Les Ecologistes der Realität des französischen Energiemixes und der Zustimmung der französischen Bevölkerung für Atomkraft Rechnung tragen, versuchen aber im Wahlkampf vor allem den Ausbau erneuerbarer Energien, mit dem Ziel, 100 % erneuerbare bis 2040 zu erreichen, hervorzuheben.

Neuland europäische Verteidiungspolitik im Angesicht des Kriegs

Frankreichs Grüne verurteilen den Krieg in der Ukraine und drängen vorwiegend auf Maßnahmen im Bereich der *Soft Security*, etwa durch die Sanktionspolitik gegen Russland und den Wiederaufbau der Ukraine mithilfe des sich in europäischen Banken befindlichen russischen Vermögens.

Die deutschen Grünen, die in der Regierung u.a. mit dem Vizekanzler und der Außenministerin in unmittelbarer Regierungsverantwortung stehen, befürworten eindeutiger auch die militärische Unterstützung der Ukraine im Vergleich zu ihrer französischen Schwesterpartei. Sie zeigen sich pragmatisch, wie das Beispiel der Waffenlieferungen an die Ukraine zeigt. Dabei sprechen sie sich auch für mehr Lieferungen aus, als der Kanzler zulässt.

Dass die Grünen insgesamt sicherheits- und verteidigungspolitische Themen, die üblicherweise anderen Parteien zugeordnet werden, immer mehr für sich beanspruchen, zeigt die Forderung der Ecologistes, eine europäische Armee zu schaffen. Dies wird so von den deutschen Grünen nicht gefordert. Vielmehr stehen sie für eine bessere Koordinierung der Außenpolitiken unter den Mitgliedstaaten und für eine Ausweitung der Rolle des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik zu einem europäischen Außenminister. Zudem wollen sie innerhalb der EU enger in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusammenarbeiten, um als EU – und eingebettet in die NATO – „kosteneffizienter"[44] und „wirksamer"[45] zu werden.

Die Grünen – dezidiert föderalistisch

Sowohl die deutschen als auch die französischen Grünen sind Verfechter der EU. So wünscht sich Marie Toussaint für ein föderales Europa eine „verfassungsgebende europäische Versammlung"[46] und stellt angesichts der immer größer werdenden nationalistischen Tendenzen in der EU dem „braunen Deal"[47] einen wahrhaft „grünen Deal" entgegen. Auch das Programm der deutschen Grünen plädiert für eine „föderale europäische Republik mit einer eigenen Verfassung"[48]. Während der Terminus „föderal" in Deutschland nur für vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit sorgt, werden die französischen Grünen im Europawahlkampf in Frankreich regelrecht als „Föderalisten" beschimpft, indem ihnen von den Rechtsaußenparteien vorgeworfen wird, sie würden die französische Souveränität mit ihrer Vorstellung eines europäischen Superstaats unterminieren.

[43] ibid.

[44] Europawahlprogramm 2024, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

[45] ibid.

[46] Europawahlprogramm 2024 von Les Ecologistes - Europe Ecologie-Les Verts

[47] Européennes 2024 : Marie Toussaint dénonce « l'esprit de la division » dans le camp de la gauche et des écologistes, Le Monde, 4. Mai 2024, abrufbar unter: www.lemonde.fr

[48] Europawahlprogramm 2024, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Abdanken der einstigen Königsmacher? Die Europawahlen bei den Liberalen

Wie sind die liberalen Parteien bei der Europawahl 2024 aufgestellt und worum geht es?

In Frankreich ist das liberale Lager um die gemeinsame Liste *Besoin d'Europe* von Emmanuel Macrons Präsidentenpartei Renaissance, die mit den anderen zentristischen Parteien Horizon, Modem, der Parti radical, Agir und UDI antritt, neben dem Rassemblement National zweitstärkste Kraft im Europaparlament. Renaissance, wird aller Voraussicht nach weiterhin die größte Delegation innerhalb der Fraktion Renew Europe stellen, wird aber laut Prognosen um die fünf Prozentpunkte (16-17 %) weniger erhalten als noch 2019 (22,4 %) und möglicherweise nur halb so viele Stimmen bekommen wie das Rassemblement National.[49] Auch die liberale deutsche Schwesterpartei FDP, die aktuell mit fünf Abgeordneten vertreten ist, wird Stimmen verlieren. Voraussichtlich wird sie aber mit mindestens drei Abgeordneten vertreten sein. Während die deutsche Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann als laute Stimme im politischen Diskurs in der breiten Bevölkerung bekannt ist, fiel die Wahl der französischen Spitzenkandidatin mit Valérie Hayer auf eine in der Bevölkerung weitaus unbekanntere Person. Dies erklärt auch, warum sich ab Ende April Emmanuel Macron mit seiner Neuauflage der Sorbonne-Rede sowie der Premierminister Gabriel Attal verstärkt in den Wahlkampf einschalten, wohingegen in Deutschland die EU-Wahlkampagne der FDP stark auf die Figur Strack-Zimmermanns zugeschnitten ist.

Vor den Wahlen 2019 bestand die Renew Europe-Fraktion als lediglich viertstärkste Kraft im Europaparlament. Mit den neuen macronistischen Abgeordneten (insgesamt 23) wurde sie 2019 zur drittstärksten Fraktion und damit zum „Königsmacher" für die europäische Gesetzgebung. Damit spielten die Franzosen innerhalb der Fraktion plötzlich eine zentrale Rolle. Dies dürfte sich mit dem Verlust von Sitzen nach der Europawahl 2024 deutlich ändern.

Beide Parteien haben die europäische Verteidigungsfähigkeit, die Aufrechterhaltung eines freiheitlichen Europas und die Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit mit besonderem Augenmerk auf den Abbau der Bürokratie zu den wichtigsten Pfeilern ihrer Kampagne auserkoren. Renaissance hat Anfang Mai in seinem Wahlprogramm drei zentrale „Kämpfe" identifiziert: Europas Stärke, der Ausbau der europäischen Unabhängigkeit und Sicherheit sowie die Verteidigung des ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Modells und der Werte der EU.[50] Demgegenüber lässt sich im Wahlprogramm der FDP[51] keine so klare Aufteilung erkennen. Die FDP-Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann stellt jedoch die drei Themen Verteidigung, Wirtschaft und Menschenrechte als zentrale Herausforderungen der EU dar.[52]

[49] Umfrageergebnisse laut Ipsos vom 15. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.ipsos.com/fr-fr/europeennes-2024/lecart-entre-les-listes-de-raphael-glucksmann-et-de-valerie-hayer-se-resserre

[50] Siehe die offizielle Kampagnenwebseite der gemeinsamen Wahlliste Besoin d'Europe, abrufbar unter: https://besoindeurope.fr/

[51] „Das Programm der FDP zur Europawahl 2024 Europa. Einfach. Machen. Entfesseln wir Europas Energie für mehr Freiheit und mehr Wohlstand", abrufbar unter: https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-03/2024-01-28_ept_das-programm-der-fdp-zur-europawahl-2024-1-_0.pdf

[52] „Interview exclusive de Marie-Agnes Zimmermann, candidate de Renew", Euronews, 3. Mai 2024, abrufbar unter: https://fr.euronews.com/video/2024/05/03/marie-agnes-zimmermann-nous-navons-plus-le-temps-de-discuter-il-faut-passer-a-lactio?utm_source=pocket_saves

Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode – Wofür stehen Renaissance und die FDP?

Von der Verteidigungsunion zur europäischen Armee?

Die europäische Verteidigungsfähigkeit entscheidend voranzubringen, ist sicherlich eine der größten inhaltlichen Überschneidungspunkte zwischen Renaissance und der FDP. Beide Parteien sprechen sich für eine Vertiefung der Integration und die Harmonisierung der Streitkräfte aus. Während Macron 2017 in seiner ersten Sorbonne-Rede noch das Ideal der europäischen Armee hochhielt, das weiterhin auch erklärtes Ziel der FDP ist, scheint die französische Präsidentenpartei von dem Terminus Abstand genommen zu haben. In seiner zweiten Sorbonne-Rede vom 25. April, die Macron offiziell nicht als Wahlkampfhilfe verstanden wissen will, spricht er von einer neuen „strategischen Intimität" der Streitkräfte, die zu entwickeln sei. Macrons Forderung von 2017 nach einem europäischen Hauptquartier wurde jedoch nicht wieder aufgenommen. Als Zwischenschritt zum Endziel einer europäischen Armee möchte die FDP eine Verteidigungsunion verwirklichen.

Von französischer Seite wird vor allem die Frage einer weiteren Subventionierung der Verteidigungsausgaben in den Vordergrund gestellt. Hierzu sollen über die Europäische Investitionsbank 100 Milliarden investiert werden. Dass erhöhte Verteidigungsausgaben im französischen Verständnis durch Eurobonds, also eine gemeinsame Schuldenaufnahme, realisiert werden sollten, wird von deutscher Seite, insbesondere von Finanzminister Christian Lindner, klar abgelehnt und von den anderen sogenannten „frugalen" Staaten ebenfalls zurückgewiesen. Dabei möchten beide Parteien die verteidigungspolitischen Ausgaben stärken, die FDP möchte den europäischen Verteidigungsfonds weiter ausbauen. Marie-Agnes Strack-Zimmermann fällt in der politischen Debatte immer wieder mit Spitzen gegenüber den verteidigungspolitischen Entscheidungen des Bundeskanzlers Olaf Scholz auf und möchte die deutsche Beteiligung am 2 %-Ziel der NATO als Mindestkriterium etablieren, wohingegen Renaissance sich sogar dafür ausspricht, die Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten auf drei Prozent zu erhöhen, womit sich die Partei dem Vorschlag der Républicains anschließt. Hierin ist mit Bezug auf die Aussagen Emmanuel Macrons von 2019, wo er der NATO noch einen „Hirntod" bescheinigt hatte, eine signifikante Wendung in der französischen Position zu sehen. Zudem sollte die Außenpolitik stärker koordiniert werden, die FDP spricht sich für eine Aufwertung der Stellung des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union aus, und beide Parteien möchten von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit übergehen, wenngleich dies in Frankreich umstrittener ist, da Frankreich dies nur befürwortet, sollte die qualifizierte Mehrheit auch für Fiskalfragen eingeführt werden, was die FDP strikt ablehnt.

Den grünen Wandel wachstumsfreundlich gestalten

Den Green Deal zu einem Erfolgsgarant für mehr europäisches Wachstum und Wettbewerb zu machen ist das neue Credo vieler Parteien – so auch der FDP und von Renaissance.

Renaissance fordert zusätzlich zum Green Deal nun einen blauen Deal (Pacte bleu) zum Schutz der Ozeane, Pestizide seien bis 2030 zu halbieren. Die Partei möchte den CBAM auf andere Sektoren ausweiten, was die FDP insbesondere mit Blick auf mittelständische Unternehmen für problematisch hält. Die FDP sieht den ETS-Handel, den sie gerne ausweiten würde, als primären marktgetriebenen Steuerungshebel und bezeichnet den CBAM als eine protektionistische Maßnahme. Diese grundsätzliche Haltung ist sicher einer der Hauptunterschiede der beiden Parteien. Aus Sicht der FDP hat die Kommissionsprä-

sidentin Ursula von der Leyen überreguliert, vor allem im Bereich der Umweltpolitik. Mit immer neuen Subventionsrufen würde versucht, die Wirtschaft zu lenken, statt unternehmerische Innovationskraft zu fördern, so polterte die Spitzenkandidatin Marie-Agnes Strack-Zimmermann in ihrer Antrittsrede zum Europawahlkampf.[53]

Die EU entbürokratisieren

Mit seinem Ruf nach einem Stopp für weitere Regularien in der Umweltpolitik auf europäischer Ebene stieß Macron bereits 2023 eine Debatte über Überregulierung durch die EU an, die zu heftigen Diskussionen führte. Entbürokratisierung ist seit jeher ein Kernanliegen der Liberalen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Proteste von Landwirten in ganz Europa, die Anfang des Jahres ihren vorläufigen Gipfelpunkt erreichten, erhält die Debatte jedoch eine besondere politische Aktualität. In ihrer Europarede auf dem FDP-Parteitag sprach Strack-Zimmermann gar von der EU, die den Arbeitsmarkt „verreguliere“ und von Ursula von der Leyen „in den Wahnsinn organisiert“ werde.

Sowohl die FDP als auch Renaissance haben gegen das Lieferkettengesetz (*due diligence law*) der EU gestimmt, das Unternehmen übermäßige bürokratische Lasten aufbürden würde. Zudem treten beide Parteien für eine deutsch-französische Initiative gegen Entbürokratisierung ein.[54] Beide Parteien sind dafür, neue Regularien auf europäischer Ebene nur dann einzuführen, wenn gleichzeitig bereits bestehende Regeln abgeschafft werden („one in, two out“). Im Gegensatz zu Renaissance legt die FDP einen besonderen Fokus auf den Mittelstand (europäischer Mittelstandskommissar, KMU-Test der Gesetzgebung). Um die Effizienz der EU zu erhöhen, fordert die FDP auch die Aufgabe des Parlamentssitzes Straßburg (!), ein Vorschlag, der auf französischer Seite naturgemäß auf taube Ohren stößt.

Europa zum Innovationschampion und resilienten Wirtschaftsakteur machen

Während in Frankreich der EU-Wahlkampf stark vom Thema Freihandel dominiert ist und die aktuelle französische Regierung von den anderen Parteien für ihre grundsätzlich befürwortende Haltung kritisiert wird, spielt das Thema in Deutschland nur eine untergeordnete Rolle. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs und der damit offenbarten einseitigen Abhängigkeiten Deutschlands im Bereich bestimmter kritischer Rohstoffe, besteht die Haltung der deutschen Bundesregierung insgesamt darin, Lieferketten so divers wie möglich auszugestalten. In diesem Zusammenhang spricht sich die FDP für eine transatlantische Freihandelszone und weitere Freihandelsabkommen mit Staaten wie Chile, Japan oder Südkorea aus, mit dem finalen Ziel, eine „Weltfreihandelszone der Demokratien“ zu etablieren. Renaissance folgt dieser Perspektive grundsätzlich, betont im Wahlkampf jedoch immer wieder, wie wichtig die Reziprozität mit Spiegelklauseln beim Abschluss neuer Freihandelsabkommen sei. Während Renaissance das Mercosur-Abkommen ablehnt, ist die FDP klar dafür.

Die Innovationsfähigkeit der EU zu stärken, ist erklärtes Ziel beider Parteien und bildet als zweiter Pfeiler (prospérité) einen Fokus in Emmanuel Macrons erneuter Sorbonne-Rede. Im Gegensatz zur FDP, die sich für Technologieoffenheit (Kernfusion, Wasserstoff, Beibehaltung des Verbrennungsmotors, E-Fuels, Carbon Capture) und die Verbesserung unternehmerischer Rahmenbedingungen einsetzt, formulierte der französische Präsident seine Vorstellung einer stärker gestaltenden EU-Industriepolitik, wodurch die EU bis 2030 Marktführer in fünf Schlüsseltechnologien werden soll. Obgleich dies so nicht im Detail im offiziellen Wahlprogramm von Renaissance aufgenommen wurde,

[53] Europa-Parteitag FDP: Rede von Marie-Agnes Strack-Zimmermann, 28.01.24, abrufbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=5DyG3S7qSG8

[54] „Deutschland und Frankreich setzen sich gemeinsam für Bürokratieentlastung auf europäischer Ebene ein“, BMWK, 11.10.2023, abrufbar unter: https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2023/10/20231011-deutschland-und-frankreich-setzen-sich-gemeinsam-fuer-buerokratieentlastung-auf-europaeischer-ebene-ein.html

geht der *Plan Europe 2030*, ein Investitionsprogramm von bis zu 1.000 Milliarden, das durch europäische Eigenmittel sowie gemeinsame Schuldenaufnahme finanziert werden soll, in eine ähnliche Richtung. Den Europäischen Innovationsrat möchte die FDP zur Europäischen Agentur für Sprunginnovationen ausbauen und Innovationsfonds wie Horizon Europe stärken, sie spricht jedoch nicht von Investitionsprogrammen in wesentlich größerem Umfang.

Das freiheitliche Europa verteidigen

Das freiheitliche Europa gegenüber Autokratien zu verteidigen ist ein Kernanliegen beider Parteien. Der Rechtsstaatsmechanismus soll gestärkt werden (Stimmentzug), die freie Meinungsäußerung von unabhängigen Journalisten geschützt und die demokratische Resilienz der EU ausgebaut werden. Marie-Agnes Strack-Zimmermann kritisiert dabei vor allem die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Hinblick auf die Freigabe der zurückgehaltenen 10 Milliarden Euro an Ungarn, was aus Sicht der FDP weiterhin klar gegen rechtsstaatliche Grundprinzipien verstößt. Renaissance möchte den Simone-Veil-Pakt für mehr Frauenrechte weiter umsetzen und das Recht auf Schwangerschaftsabbruch in der EU-Grundrechtecharta verankern.

Um das freiheitliche Europa zu schützen, müsse die irreguläre Migration stärker eingedämmt und Schleuserbanden das Handwerk gelegt werden. Dabei sollte Frontex gestärkt und die Prüfung von Asylanträgen in Drittstaaten in Erwägung gezogen werden. Beide Parteien waren maßgeblich an der Aushandlung des kürzlich von der EU beschlossenen Migrations- und Asylpakts der EU beteiligt. Die FDP betont, sicherlich auch vor dem Hintergrund des anders gelagerten Arbeitsmarktbedarfes in Deutschland (größerer Fachkräftemangel) im Gegensatz zu Renaissance stärker die Notwendigkeit von mehr legalen Migrationswegen in die EU. Beide Parteien befürworten zudem die Ausweitung weiterer Migrationsabkommen mit Drittstaaten, die insbesondere von den Parteien des linken Spektrums stark kritisiert werden. Um den Raum der Sicherheit der Freiheit und des Rechts aufrechtzuerhalten, müsse zudem die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit und Europol zu einem europäischen Kriminalamt ausgebaut werden, wie es die FDP in ihrem Wahlprogramm vorsieht.

Stabilitätsbewahrer am Scheideweg: Die Europawahlen bei den Konservativen

Wie sind die Konservativen bei den Europawahlen 2024 aufgestellt und wofür stehen sie?

Die Liste der europäischen Volkspartei (EVP) wird von Ursula von der Leyen, der scheidenden Kommissionspräsidentin, angeführt, die ebenfalls Spitzenkandidatin für die deutschen Konservativen ist, auch wenn sie auf keiner Liste zur Wahl steht. 2019 wurden die deutschen Konservativen von Manfred Weber angeführt und erhielten 29 % – ein Minus von 6 % im Vergleich zu 2014 – und somit insgesamt 29 Sitze. Weber ist bei den anstehenden Wahlen Spitzenkandidat der bayerischen CSU. Im Gegensatz zu allen anderen deutschen Parteien tritt die CDU/CSU mit eigenen Listen für jedes Bundesland an. Zu Ursula von der Leyen scheiden sich zwischen CDU/CSU und Les Républicains (LR) die Geister: Während die deutschen Konservativen sie unterstützen, ist das unter den französischen Konservativen nicht der Fall. Zu enttäuscht sei man über die Auswüchse des Green Deals und die Entwicklungen bezüglich der Migrationspolitik.

Spitzenkandidat für die französische Liste der konservativen Partei LR ist zum zweiten Mal François-Xavier Bellamy. 2019 erhielten die französischen Konservativen 8 % der Wählerstimmen (8 Sitze im Europaparlament) – ein Minus von 12 % im Vergleich zu 2014.

Insgesamt waren die Konservativen der EVP Fraktion bei den Europawahlen 2019 auf 177 Sitze gekommen und stellten damit die stärkste Fraktion im Europaparlament. In diesem Jahr werden den französischen Konservativen 7 %[55] und den deutschen Konservativen 29,6 %[56] prognostiziert und auch bei diesen Europawahlen wird die EVP wohl stärkste Kraft.

[55] Umfrageergebnisse laut Ipsos vom 15. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.commission-des-sondages.fr/notices/files/notices/2024/mai/9789-eur-ipsos-radio-france-le-parisien-iv-europ-vague-2-le-15-mai.pdf

[56] „Neueste Wahlumfragen im Wahltrend zur Europawahl“, Dawum, abrufbar unter: https://dawum.de/Europawahl/

[57] „Mit Sicherheit Europa. Für ein Europa, das schützt und nützt. Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024“, abrufbar unter: https://assets.ctfassets.net/nwwnl7ifahow/476rnHcYPkmyuONPvSTKO2/972e88ceb862ac4d4905d98441555e0c/europawahlprogramm-cdu-csu-2024_0.pdf

Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode – Wofür stehen die Konservativen?

Eine bessere Zusammenarbeit in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sowie in der Wirtschaft und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, aber auch härtere Maßnahmen bei Migration und Asyl werden sowohl von den deutschen als auch von den französischen Konservativen im Europawahlkampf 2024 gefordert. Uneinigkeit gibt es bei der EU-Erweiterung, der Handelspolitik und im Verhältnis zu Macron, der für die EU in den vergangenen Jahren treibende Kraft war.

Verteidigungsfähigkeit als oberste Priorität, Zwietracht bei der EU-Erweiterung

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts legen die deutschen Konservativen großen Wert auf die „Westbindung“. Die derzeitige geopolitische Lage mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine führt zu einer Festigung der NATO. „Die transatlantische Freundschaft muss ein tragender Pfeiler unserer Außenpolitik bleiben“,[57] heißt es von Seiten der deutschen Konservativen. Ähnlich verhält es sich bei den französischen Konservativen. „Es ist zu wenig in die Verteidigung investiert

worden“,[58] meint die CDU/CSU. Europas „nationale Streitkräfte sollen in einer starken europäischen Verteidigungsunion mehr zusammenarbeiten“,[59] Auch spricht sich die CDU/CSU in ihrem Europawahlprogramm für einen EU-Verteidigungs-Kommissar aus. So weit gehen die französischen Konservativen nicht. Allerdings finden auch sie, dass die Wiederbewaffnung Europas eine Notwendigkeit sei und es sich die EU-Mitgliedstaaten zum Ziel setzen sollten, ihre Militärausgaben auf 3 % des BIPs zu bringen. Des Weiteren müsse die EU über militärische Planungs- und Koordinierungsmittel verfügen, um gemeinsame operative Einsätze – potenziell auch ohne die USA – zu ermöglichen. Eine europäische Armee sei aber eine Illusion, so François-Xavier Bellamy in einer Fernsehdebatte.[60] Während die CDU/CSU die Bedeutung der deutsch-französischen Verteidigungskooperation besonders hervorhebt, steht für Bellamy vor allem die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsindustrie im Vordergrund.

In der Erweiterungsfrage ist man sich unter deutschen und französischen Konservativen uneins. Die Franzosen meinen, man müsse Europa konsolidieren und nicht erweitern. Die Deutschen finden eine Erweiterung im „sicherheits- und geopolitischen Interesse Deutschlands und Europas“[61] und sind der Ansicht, dass „konkrete Perspektiven“[62] in Aussicht gestellt werden müssen und dass im Vorfeld einer Vollmitgliedschaft ein gradueller Zugang vorstellbar wäre.

Einigkeit bei Haushaltsführung und Innovation, Uneinigkeit bei internationalem Handel

LR möchte der „koste es was es wolle“-Politik Macrons ein Ende setzen und sträubt sich gegen die Einführung von EU-Steuern, die die Kaufkraft der Franzosen weiter schmälern oder die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen verringern würden. Auch die deutschen Konservativen wollen eine solidere Haushaltspolitik und sprechen sich für eine „echte Stabilitätsunion“[63] und „gegen eine Schuldenunion“[64] aus.

Während der Verbrennermotor sowohl bei den deutschen als auch bei den französischen Konservativen zum Lieblingsthema geworden ist, und sich beide Parteien gegen ein EU-Verkaufsverbot für neue Benzin- und Dieselfahrzeuge ab 2035 aussprechen, pochen beide Parteien auch auf Investitionen in Innovationen für saubere Technologien und Zukunftstechnologien. So zum Beispiel im Bereich der Verteidigung, der Clouds, der Biotechnologie, der künstlichen Intelligenz, sowie des Wasserstoffs und der Atomenergie, wie es im französischen Parteiprogramm der Konservativen heißt. Ganz im Kontrast zu dem seinerzeit von Bundeskanzlerin Angela Merkel beschlossenen Atomausstieg ist die CDU/CSU nun der Meinung, dass man die Atomkraft als Option im Energiemix zur Zeit nicht ausschließen sollte. Wie auch fast alle anderen französischen Parteien sind die Républicains klar für die Nutzung der Atomkraft, die sie sogar noch weiter ausbauen wollen.

Bei der Handelsagenda der EU gibt es zwischen LR und CDU/CSU hingegen weniger Übereinstimmung. „Wir wollen intensiven Freihandel“[65] und mehr Freihandelsabkommen vor allem mit den USA und Südamerika, heißt es bei den deutschen Konservativen, allerdings ohne sie mit „sachfremden Themen zu überfrachten“[66]. Die französischen Konservativen wollen den Freihandel nicht so massiv einschränken, wie dies beispielsweise bei den Grünen der Fall ist, pochen aber auch auf die Notwendigkeit von Spiegelklauseln.[67]

Dissens bezüglich des europäischen Migrationspaktes

Die deutschen Konservativen stehen hinter dem neuen europäischen Migrationspakt, von dem sie sich erwarten, dass er der irregulären Migration Einhalt gebieten wird. Dieses Thema wollen die deutschen Konservativen nicht den rechtsextremen Parteien überlassen, denn der Migrationsdruck wird weiter zunehmen. Außengrenzen sollen geschützt werden und Frontex soll gestärkt werden. Allerdings möchten sie Deutschland und die EU für Fachkräfte attraktiver machen.

Zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem sagte CDU-Chef Friedrich Merz vor kurzem in einem Gastbeitrag im Economist,[68] dass es jetzt schnell umgesetzt werden solle, „einschließlich einer schnellen Entscheidung über Asylanträge an den EU-Außengrenzen

[58 - 59] ibid.

[60] „Reconnaissance de la Palestine, guerre en Ukraine, montée de l’extrême droite… Le „8h30 franceinfo“ de François-Xavier Bellamy“, France Info, 29. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.francetvinfo.fr/replay-radio/8h30-fauvelle-dely/reconaissance-de-la-palestine-guerre-en-ukraine-montee-de-l-extreme-droite-le-8h30-franceinfo-de-francois-xavier-bellamy_6544355.html

[61] Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024

[62 - 66] ibid.

[67] „Maîtriser notre destin“, Les Républicains, abrufbar unter: www.republicains.fr

[68] F. Merz, „Emmanuel Macron has done Europe a favour, reckons Germany’s oppositionleader“, abrufbar unter: www.economist.com

und der sofortigen Rückführung von Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde". Asylverfahren in Drittländern seien ein weiterer Ansatz, der verfolgt werden soll. Aus Sicht von LR sollen geschlossene Aufnahmezentren in den Ländern eingerichtet werden, die am stärksten von der Ankunft über das Meer und über Land betroffen sind. Asylsuchende, die in der Nähe der europäischen Küsten aus Seenot gerettet werden oder an diesen Küsten landen, werden dort während der gesamten Prüfung ihres Asylantrags untergebracht, ohne die Möglichkeit, sie zu verlassen. Im Gegensatz zu den Bestimmungen des Europäischen Pakts zu Migration und Asyl sollen diese Inhaftierungsmaßnahmen, laut LR, von den betroffenen Staaten einseitig umgesetzt werden können. Wenn ihnen Asyl verweigert wird, sollen sie mit Unterstützung von Frontex direkt in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

Landwirte schützen, Ernährungssicherheit gewährleisten und ländliche Räume stärken

Angesichts der Proteste der französischen Landwirte gewinnt das Thema der Wettbewerbsfähigkeit französischer Agrarprodukte im internationalen Wettbewerb an Bedeutung. Nicht nur Freihandelsabkommen stehen in der Kritik, sondern auch die Öffnung des Handels mit der Ukraine in Agrarangelegenheiten.[69] Die französischen Konservativen wollen verhindern, dass das Rassemblement National zum Nutznießer der Verärgerung unter den französischen Landwirten wird. So verspricht LR, „Schutzklauseln einzuführen, damit ukrainische Agrarprodukte nicht unter beliebigen Bedingungen Zugang zum EU-Binnenmarkt erhalten".[70] LR widmet der Landwirtschaft eines von sechs Kapiteln in seinem Wahlprogramm. Grundtenor ist folgender: Um eine echte Ernährungssouveränität zu gewährleisten, soll Europa die Landwirte, Fischer und den ländlichen Raum insgesamt unterstützen.

Im Wahlprogramm von CDU/CSU geht es bei der Landwirtschaft um folgende Schwerpunkte: Ernährungssicherheit gewährleisten; Zukunft der Bäuerinnen und Bauern sichern; Schutzstatus des Wolfs absenken; Investitionen in die Landwirtschaft als Hightech-Sektor fördern; Vorgaben senken, ländliche Räume dahingehend entwickeln, dass sie nicht nur für Land- und Forstwirtschaft, sondern vor allem auch für Bioökonomie, erneuerbare Energien und Tourismus stärker genutzt werden können, und die Chancen der Digitalisierung entsprechend wahrnehmen.

Die Grundhaltung der Konservativen zu Europa und Macrons Leadership

Im Wahlprogramm der LR heißt es: „Wir sind zutiefst patriotisch und europäisch"[71] und „Wir setzen Frankreich an die erste Stelle."[72] Bei den deutschen Konservativen klingt das schon eine Spur europäischer: „CDU und CSU sind die deutschen Europaparteien".[73] Dabei setzt Merz auf das deutsch-französische Tandem und das Weimarer Dreieck: „Wir müssen eine neue goldene Ära in den deutsch-französischen Beziehungen anstreben."[74]

Im Sinne der parteipolitischen Positionierung, distanziert sich Bellamy sowohl von Renaissance als auch vom RN und sucht dabei die goldene Mitte: „RN ist antieuropäisch. Renew ist antinational. Bardella-Le Pen ist das Ende von Europa. Macron ist das Ende der Nationen".[75] Merz und Wüst haben ihrerseits signalisiert, dass, wenn es nach ihnen ginge, die deutsch-französischen Beziehungen, die vor allem durch Streitigkeiten innerhalb der Regierungskoalition in Berlin in Mitleidenschaft geraten seien, wieder auf Vordermann gebracht werden sollten. Im Gegensatz zu Angela Merkel hat Merz nicht vor, Emmanuel Macrons Vorschläge zur Ausgestaltung der EU, die er bei einer Rede an der Sorbonne am 25. April 2024 äußerte, unerwidert verhallen zu lassen: „Wichtig ist, dass Europa, allen voran Deutschland, eine ergebnisorientierte Debatte über den fruchtbaren und zukunftsweisenden Beitrag von Präsident Macron führt", wie Merz im Economist bekräftigt.

Im Gegensatz zu diesem pro-europäischen Bekenntnis ist offen, inwieweit die Europäische Volkspartei künftig im EU-Parlament mit der EKR unter Führung Melonis paktieren könnte. Dementsprechend haben SPD und Grüne damit gedroht, eine erneute Kandidatur von der Leyens für den Kommissionsvorsitz nicht zu unterstützen.

[69] E. Conesa, „Crise des agriculteurs : les politiques tiraillés entre protectionnisme et libre-échange", Le Monde, 3. Februar 2024, abrufbar unter: www.lemonde.fr

[70] „Maîtriser notre destin", Les Républicains, abrufbar unter: www.republicains.fr

[71 - 72] ibid.

[73] Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl 2024

[74] F. Merz, „Emmanuel Macron has done Europe a favour, reckons Germany's oppositionleader", abrufbar unter: www.economist.com

[75] „Maîtriser notre destin", Les Républicains, abrufbar unter: www.republicains.fr

Rekordgewinn für die extreme Rechte? Die Europawahlen bei dem Rassemblement National, Reconquête und AfD

Wie sind die Rechtsaußenparteien bei der Europawahl 2024 aufgestellt und worum geht es?

Schon Anfang März begann der Rassemblement National (RN) mit dem Launch seiner EU-Wahlkampagne in Marseille die beiden Themen Migration und den Green Deal der EU als zwei der zentralen Wahlkampfthemen zu besetzen. Mit der charismatischen Führungsfigur Jordan Bardella setzt der RN auf Kontinuität. Bardella trat bereits 2019 als Spitzenkandidat für den RN an und schnitt mit 23,3 % leicht über der Präsidentenpartei Macrons (22,4 %) ab. Seit 2022 ist er zudem Vorsitzender der Partei. Bei den kommenden EU-Wahlen werden dem RN Rekordgewinne mit bis zu 33 % der Wählerstimmen prognostiziert, womit die Partei mehr als doppelt so viele Prozentpunkte wie die Partei Emmanuel Macrons erzielen könnte.[76] Die völkische Rechtsaußenpartei Reconquête um Eric Zemmour, die 2021 gegründet wurde und mit der Nichte Marine Le Pens, Marion Maréchal als Spitzenkandidatin in den EU-Wahlkampf zieht, wird demgegenüber mit 5 % bis 6,5 % der Stimmen voraussichtlich erstmals Abgeordnete in das EU-Parlament entsenden. Sie ist Teil der EKR-Fraktion unter Führung Giorgia Melonis, wohingegen der RN noch Teil der ID-Fraktion ist, der bis vor Kurzem die AfD angehörte.

Mit aktuell gut 14,8 % würde die Alternative für Deutschland (AfD) knapp vier Prozentpunkte gegenüber ihrem Ergebnis von 2019 zulegen.[77] In ihrem bereits im Sommer 2023 veröffentlichten Wahlprogramm zu den EU-Wahlen stellt auch sie den Green Deal und Migrationspakt als zentrale Kritikpunkte an der EU dar, eine ähnlich starke Fokussierung auf diese Themen wie in Frankreich lässt sich jedoch nicht beobachten.

Anti-campaigning als Hauptstrategie der Rechtsaußenparteien

Sowohl der RN als auch die Partei Reconquête sehen in der macronistischen Präsidentenpartei den Hauptgegner, den es zu bekämpfen und entsprechend abzuwählen gilt. Dies erklärt auch, warum die Europawahlen in Frankreich politisch so aufgeladen sind: Die Abstimmung wird als Zwischenwahl zu den nächsten Präsidentschaftswahlen 2027 stilisiert, wobei der RN davon ausgeht, dass es erneut zu einer Stichwahl zwischen Marine Le Pen und dem oder der NachfolgerIn von Emmanuel Macron kommen wird. Die Spitzenkandidatin von Reconquête Marion Maréchal betont, dass der RN mit Jordan Bardella nicht der eigentliche Gegner sei und eine Koalition mit dem RN sowie den Républicains auf nationaler Ebene wünschenswert wäre, was von den anderen Parteien bislang abgelehnt wird.

Auch die AfD stellt sich in ihrer Wahlkampfstrategie als Gegenstimme der aktuellen Regierungspolitik dar, allerdings ist die Dynamik des Wahlkampfs insgesamt nicht vergleichbar mit der in Frankreich. Für die AfD spielen neben der Bundesebene vor allem die anstehenden Landtagswahlen in Ostdeutschland (Brandenburg, Thüringen, Sachsen) eine zentrale Rolle, bei denen ihr Rekordgewinne mit über 30 % zugesprochen werden. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland spielen nationale und regionale Debatten, wie die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete, die Senkung der Energiepreise, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu erhalten oder die Last der Bürokratie für deutsche Unternehmen eine Rolle.

[76] Umfrageergebnisse laut Ipsos vom 15. Mai, abrufbar unter: https://www.commission-des-sondages.fr/notices/files/notices/2024/mai/9789-eur-ipsos-radio-france-le-parisien-iv-europ-vague-2-le-15-mai.pdf

[77] „Neueste Wahlumfragen im Wahltrend zur Europawahl“, Dawum, abrufbar unter: https://dawum.de/Europawahl/

Eine große anti-europäische Fraktion im EU-Parlament?

Europapolitisch stellt sich die Frage der Zusammenarbeit der verschiedenen Rechtsaußenparteien und ihrer Fraktionen, um künftig zusammen gegen Gesetzesinitiativen der Mehrheitsfraktion stimmen zu können, die voraussichtlich erneut aus Konservativen, Sozialdemokraten, Liberalen und ggf. den Grünen bestehen wird. Um eine Sperrminorität zu erreichen, wie dies das erklärte Ziel von Jordan Bardella ist, müsste die vermutlich nach den EU-Wahlen neu zu bildende Fraktion aus „Patrioten und Souveränisten", wie sie Bardella vorschwebt, allerdings drittstärkste Kraft im Parlament werden. Dies ist nach aktuellen Prognosen auch nicht auszuschließen,[78] wird aber letztlich von der Rekonfiguration der einzelnen Kräfte innerhalb der ID-Fraktion und der EKR abhängen. Verschiedene Skandale, insbesondere um die Debatte des „Remigrations-Projekts" der AfD führten seit Monaten bereits zu einem angespannten Verhältnis des RN mit seiner Schwesterpartei. Nach den relativierenden Äußerungen zur Waffen-SS des Spitzenkandidaten Maximilian Krah, der sich aufgrund von Spionagevorwürfen gegen seinen Mitarbeiter und seiner unmittelbaren Nähe zum Kreml bereits gezwungen sah, von Wahlkampfauftritten abzusehen, kündigte der RN knapp drei Wochen vor den Europawahlen offiziell die Zusammenarbeit mit der AfD auf.[79] Der Ausgang der Verhandlungen zwischen Marine Le Pen, Giorgia Meloni und Victor Orbán wird entscheidend dafür sein, ob die gespaltene Rechte zusammenfindet.

[78] „Poll of polls", Politico, 31. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/

[79] „Warum Le Pens Partei mit der AfD bricht", Tagesschau, 23. Mai 2024, abrufbar unter: https://www.tagesschau.de/europawahl/parteien_und_programme/rassemblement-national-strategie-100.html

40 Prozent Wählerpotenzial für die extreme Rechte in Frankreich

Reconquête geht es bei der Europawahl nun darum, die 5 %-Hürde zu überwinden, womit sie voraussichtlich sechs Abgeordnete stellen könnte. Zählt man die Prognosen für Reconquête, den RN sowie weitere Rechtsaußenkleinstparteien zusammen, beläuft sich das Wählerpotenzial in Frankreich für diese Parteien auf bis zu 40 %. Inhaltlich gibt es zwischen Reconquête und dem RN durchaus Unterschiede, vor allem in gesellschaftlichen und sozialen Fragen (künstliche Befruchtung, „Wokismus", Identitätsdebatten, Rolle des Islams in Frankreich). Während der RN seit der Übernahme der Partei durch Marine Le Pen mit seiner Strategie der Normalisierung (auch Entdämonisierung/*dédiabolisation*) dabei ist, im französischen Parteiensystem weiter Fuß zu fassen, fällt Reconquête mit seinen völkischen Positionen etwa des angeblich intendierten Bevölkerungsaustauschs durch Muslime (*le grand replacement*) immer wieder mit weitaus extremeren Positionen auf. Reconquête geht es in ihrem Programm um die „Verteidigung der europäischen Zivilisation", die mit einer pronatalistischen Familienpolitik verknüpft wird. Demgegenüber basiert das Wahlprogramm des RN auf einer Dreifarben-Strategie (*stratégie tricolore*). Im Sinne eines Ampelsystems werden Politikfelder und Zuständigkeiten benannt, in denen die europäische Kooperation beendet (rot), verringert (orange) oder beibehalten (grün) werden soll. Das Programm von RN teilt sich indes in die drei Teile des „Europas, das schützt", ein „Europa, das produziert" und ein „Europa, das [seine Bürger] respektiert".

Zielsetzungen für die nächste Legislaturperiode – Wofür stehen RN, Reconquête und die AfD?

„Festung Europa“

Sowohl der RN als auch die AfD und Reconquête sind für die weitere Externalisierung und massive Begrenzung der Migrationspolitik. Entsprechend begrüßen sie die kürzlich geschlossenen Migrationsabkommen mit Ländern wie Tunesien oder Ägypten. Asylverfahren sollten in Hot Spots außerhalb der EU durchgeführt werden. Die beiden französischen Parteien sprechen sich für eine „Seeblockade“ aus, wodurch Schiffe, die an der Seenotrettung beteiligt sind, entgegen internationalem Seenotrecht Geflüchtete zurückschicken würden. Im Unterschied zum RN betont Reconquête seine migrationspolitischen Forderungen noch stärker mit dem angeblichen Schutz Europas vor einem grassierenden Islamismus: Jihadistische Terrorattacken seien eine Bedrohung, die durch die aktuelle „Politik der illegalen Migration“ befördert würde. Die AfD stellt den islamistischen Terror ebenfalls in unmittelbaren Zusammenhang mit der europäischen Migrationspolitik. Wie der RN spricht sie sich für *Opt-outs* nach dänischem Vorbild aus. Das Gemeinsame Asylsystem sollte aus dem europäischen Regelwerk ausgenommen und wieder zur nationalen Zuständigkeit werden. Die Mitgliedstaaten sollten lediglich freiwillig und temporär Schutzbedürftige aufnehmen. Asylverfahren sollen grundsätzlich in sicheren Drittstaaten durchgeführt werden (Ruanda-Modell von Großbritannien). Die Geflüchteten aus der Ukraine sollten gemäß der Massenzustromrichtlinie stärker in andere EU-Staaten verteilt werden. Die Beibehaltung dieser gemeinsamen Verantwortung widerspräche aber der Forderung der AfD, die gemeinsame Zuständigkeit bei der Aufnahme von Asylsuchenden zu beenden. Ähnlich wie der RN, der von einer doppelten Grenze spricht, die zu ziehen sei (an der Außengrenze der EU und der französischen), stellt die AfD den aktuellen Zustand des Schengener Abkommens in Frage und spricht sich für konsequentere Kontrollen an der deutschen Grenze aus. Sowohl Reconquête als auch der RN möchten die französische Grenze für Drittstaatsangehörige wieder einführen und die Personenfreizügigkeit innerhalb des Schengener Raums für diese Personengruppe beenden. Wie dies bei Beibehaltung der Freizügigkeit für französische Staatsbürger gehen soll, bleibt unklar. Reconquête möchte die Familienzusammenführung aussetzen.

Koordinierung der Außenpolitik von souveränen Staaten

Angesichts der grundlegenden Ablehnung der jetzigen politischen Funktionsweise der Europäischen Union sind sowohl der RN und Reconquête als auch die AfD gegen eine weitere Vertiefung der Integration in der europäischen Außenpolitik, insbesondere die Aufhebung der Einstimmigkeit. Aus Sicht von Jordan Bardella habe Emmanuel Macron mit seiner Äußerung eines möglichen Einmarschs an Bodentruppen in der Ukraine eine Grenze überschritten. Die Ukraine soll weiterhin unterstützt werden, aber Frankreich dürfe nicht zur Kriegspartei werden. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zu Reconquête, der die aktuelle militärische Unterstützung Frankreichs in der Ukraine grundsätzlich in Frage stellt und Macron der Kriegstreiberei bezichtigt. Frankreich dürfe nicht statt der Ukraine Krieg führen, so Marion Maréchal in einer Fernsehdebatte.[80] Eine europäische Armee würde laut Reconquête die Souveränität Frankreichs in Frage stellen. Demgegenüber sieht die AfD die Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten der EU, „ihre Streitkräfte in einer Verteidigungsgemeinschaft zusammenzufassen“.[81] Dabei wird auch eine eigene europäische militärische Handlungsfähigkeit als notwendig erachtet, auch wenn das Konzept einer europäischen Armee ebenfalls explizit abgelehnt wird. Die NATO stellt weiterhin einen zentralen Akteur in der europäischen Sicherheitspolitik dar, solange sie nicht außerhalb ihres Bündnisbereichs tätig wird. Der RN, der vor dem Ausbruch des Ukrainekriegs stets für einen Austritt Frankreichs aus den Kommandostrukturen der NATO warb, hält sie in der aktuellen Situation für unabdingbar. Demgegenüber hat Reconquête seit dem Kriegsbeginn betont, dass Frankreich in der NATO bleiben müsse, aber die Idee der Stärkung einer europäischen Verteidigungspolitik illusorisch sei. Der RN, Reconquête sowie

[80] „Guerre en Ukraine: „Envoyer des armes“ aux Ukrainiens revient à „dépecer notre appareil de défense“, déplore Marion Maréchal“, France Info, 11. April 2024, abrufbar unter: https://www.francetvinfo.fr/elections/europeennes/guerre-en-ukraine-envoyer-des-armes-pour-l-ukraine-revient-a-depecer-notre-appareil-de-defense-deplore-marion-marechal_6480134.html

[81] „Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament“, AfD, abrufbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/12/AfD_EW_Programm_2024.pdf

die AfD sprechen sich alle gegen den Beitritt der Ukraine in die NATO aus, da dieser als weitere Provokation gegenüber Russland gedeutet wird.

Obgleich der RN seit dem Krieg in der Ukraine versucht, sich klarer von Russland abzugrenzen (Jordan Bardella spricht von kollektiver Naivität des Westens), bestand in der Vergangenheit eine ähnlich nahe Beziehung zu Russland wie dies mit der AfD der Fall war (Entsendung von RN-Wahlbeobachtern zum Krim-Referendum und Anerkennung einer Russland zugehörigen Krim, Aufnahme eines russischen Kredits zur Parteienfinanzierung, Ausdrucken von Werbeflyern mit Putin und Le Pen, die kurzfristig vor den Präsidentschaftswahlen 2022 geschreddert werden mussten). Die AfD wiederum sieht den Krieg in der Ukraine zwar als Verletzung des Völkerrechts an, die Partei fällt jedoch immer wieder mit einem russlandfreundlichen Kurs auf – eine Haltung, die ihr erhebliche Kritik eingebracht hat. Zuletzt wurde dies im Kontext einer möglichen russischen Einflussnahme um den AfD-Abgeordneten Petr Bystron deutlich, der auf Platz 2 der Europawahlliste antritt und der Schmiergelder des russischen Propagandanetzwerks „Voice of Europe“ erhalten haben soll.

Französischer Protektionismus vs. marktliberale Wirtschaftsgemeinschaft

Sowohl der RN als auch Reconquête wollen in Sachen Freihandelsabkommen ein Moratorium verhängen. Der RN erwähnt die Thematik sogar als erste Priorität in seinem Wahlprogramm und möchte sich damit wahltaktisch sicher von seinem Konkurrenten Reconquête abgrenzen, der primär auf die Verringerung der Migration nach Europa abzielt. Demgegenüber bekennt sich die AfD ausdrücklich zu Freihandel und ist in ihrer Grundausrichtung wesentlich marktliberaler als die beiden französischen Parteien. Ihr schwebt die Einführung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus souveränen Nationalstaaten vor, in der der Staat lediglich die Rahmenbedingungen für fairen Wettbewerb ermöglicht. Die EU würde den Unternehmen wie im Fall des Lieferkettengesetzes unnötige Sozial- und Umweltstandards aufbürden. Außerdem steht die AfD Subventionen grundsätzlich kritisch gegenüber. Damit unterscheidet sie sich wirtschaftspolitisch diametral von den beiden französischen Rechtsaußenparteien. Letztere möchten die französische Wirtschaft stärker vor unlauterem Wettbewerb schützen. Beide Parteien sprechen sich gegen Leiharbeit aus anderen EU-Staaten aus und möchten eine nationale Bevorteilung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Demgegenüber ist die AfD für nationale Steuererleichterungen für deutsche Unternehmen nach dem Modell Luxemburgs.

Der RN und Reconquête möchten den französischen Beitrag zum gemeinsamen EU-Budget verringern. Reconquête möchte viele der EU-Agenturen abschaffen sowie sämtliche europäische Sozialfonds und Unterstützungsprogramme für zivilgesellschaftliche Organisationen zurückfahren. Beide Parteien wie auch die AfD lehnen Steuern auf europäischer Ebene strikt ab. Die AfD spricht sich gegen eine gemeinsame Schuldenaufnahme aus und möchte im Gegensatz zu den französischen Parteien weiterhin aus dem Euro austreten, wohingegen der RN diese Position gegenüber seinem früheren Programm nicht mehr vertritt. Die AfD verspricht sich davon eine Senkung der Inflation und stärkere Reallöhne. Welche Konsequenzen eine solche Politik für die anderen europäischen Länder hätte, wird dabei ausgespart. Wie die AfD ist Reconquête für die Beibehaltung von Bargeld.

In der Energie- und Umweltpolitik ist Reconquête für eine europäische Nuklearallianz, möchte den Green Deal abschaffen und die Regeln des europäischen Strommarkts aussetzen. RN möchte einen französischen Strompreis einführen und sieht im Green Deal eine „bestrafende Ökologie“ (*écologie punitive*)[82], wobei unklar bleibt, ob der Pakt vom RN gänzlich abgeschafft werden würde. Die AfD lehnt ihn klar ab. Aus französischer Sicht sollten die Regeln der gemeinsamen Landwirtschaftspolitik nicht mehr dem Primat der Ökologie, sondern der Ernährungssicherheit unterstellt werden und die französische und europäische landwirtschaftliche Produktion bevorteilt werden (*exception agricole française*). Auch hier unterscheidet sich die AfD stark von den französischen Parteien. Sie betont die Wichtigkeit markt-

[82] „La France revient, l'Europe revit !“, Europawahlprogramm des Rassemblement national, abrufbar unter: https://vivementle9juin.fr/storage/Programme.pdf

wirtschaftlicher Prinzipien in der Landwirtschaftspolitik. Ähnlich ablehnend wie die beiden französischen Rechtsaußen-Parteien ist die AfD gegenüber der aus ihrer Sicht aufoktroyierten ökologischen Transformation der Wirtschaft.

Die europäische Industrie soll aus französischer Sicht durch einen *Buy European Act* angesichts des amerikanischen IRA gestärkt werden. Reconquête möchte innereuropäische Bahnverbindungen ausbauen und beide Parteien möchten stärker in der Forschung im Bereich Innovation und künstlicher Intelligenz zusammenarbeiten, der RN legt hierauf einen besonderen Fokus und möchte die paneuropäischen Projekte *Important Projects of Common European Interest* ausbauen. Allerdings finden diese Vorschläge in den öffentlichen Debatten des Wahlkampfs kaum Erwähnung.

Ein Europa der Nationen ohne Austritt aus der EU?

Die „Allianz freier und souveräner Staaten" des RN ähnelt stark dem Bild des „Europa der Nationen", wie es Reconquête zeichnet. Während sich der RN nicht mehr für einen Austritt Frankreichs aus der EU ausspricht (Frexit), insbesondere seit der Kehrtwende zum Euro, den Frankreich nun doch beibehalten sollte und stattdessen zu einem intergouvernementalen Zusammenschluss souveräner europäischer Nationen aufruft, bleibt unklar, was die Konsequenzen einer solchen Politik wären, da Frankreich ähnlich wie Ungarn oder Polen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt werden könnte, sofern es die gemeinschaftlichen Regeln nicht achtet. Laut dem RN wie auch Reconquête müsse das französische Recht Vorrang vor dem europäischen haben, wofür eine Änderung der französischen Verfassung unabdingbar wäre und was letztlich das Ende der europäischen Rechtsgemeinschaft bedeuten würde.

Wie auch Reconquête lehnt der RN eine Erweiterung der EU ab und möchte den Beitrittsprozess mit der Türkei aufheben. Gleichzeitig heißt es im Wahlprogramm von Reconquête von 2022,[83] dass genau diese Fragen künftig einem Referendum unterworfen würden. Dies ist auch die Position der AfD, die „keine Verträge bezüglich einer EU-Erweiterung sowie der Abgabe von Hoheitsrechten und Haftungszusagen ohne Volksabstimmungen"[84] durchführen möchte. Die AfD spricht sich zudem dafür aus, das EU-Parlament abzuschaffen, sobald eine rechte Mehrheit in der EU existiert. Solange dies nicht der Fall ist, müsse sie weiterhin im Parlament tätig sein, um von innen heraus für die Auflösung der jetzigen Machtverhältnisse zu sorgen. Der Partei schwebt letztlich ein „flexibles Netzwerk" an europapolitischer Zusammenarbeit vor, das einem Europa à la carte gleicht, wo jeder Mitgliedstaat entlang seiner Interessen teilnehmen kann. Der RN und Reconquête wollen das Veto-Recht der Mitgliedstaaten unbedingt beibehalten und die Europäische Kommission abschaffen. Obwohl ein Dexit lange von Seiten der AfD ausgeschlossen wurde, brachte die Parteivorsitzende Alice Weidel diesen nach britischem Vorbild erneut ins Spiel. Sowieso bleibt fraglich, wie die „Neugründung einer europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft",[85] die stark den Ideen des RN eines intergouvernementalen Zusammenschlusses ähnelt, ohne Austritt aus der jetzigen Rechtsgemeinschaft der EU zu realisieren wäre. Ein Frexit als ein Wolf im Schafspelz lautet daher auch die Kritik etwa des französischen Premierministers Gabriel Attal.

[83] „Le programme de Reconquête, Pour la France de demain", Reconquête, abrufbar unter: https://www.parti-reconquete.fr/programme

[84] „Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament", AfD, abrufbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/12/AfD_EW_Programm_2024.pdf

[85] ibid.

Fazit

Emmanuel Macron sagte vor Kurzem in seiner Sorbonne Rede vom 25. April, dass die EU sterblich sei. Angesichts dessen, dass wieder Krieg in Europa herrscht, kann auch nicht negiert werden, dass Europa vor neuen Herausforderungen steht. Olaf Scholz benannte diese Herausforderung mit dem Terminus „Zeitenwende“, d.h. eine Neuaufstellung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, in der Energiepolitik und in der Handelspolitik. Zwischen Deutschland und Frankreich haben sich aufgrund des Kriegs Divergenzen in eben diesen Feldern herauskristallisiert. Nicht immer ging es im Wahlkampf der vergangenen Wochen um originär europäische Anliegen bzw. die Gestaltungsspielräume des Europäischen Parlaments. Auch das mag zum Politikverdruss, den man vielerorts spüren kann, beigetragen haben und es ist nicht auszuschließen, dass es auch bei einem Teil der Wahlberechtigten am 9. Juni weniger um den Anlass der Wahl als solcher als vielmehr um den Ausdruck von Protest oder Unzufriedenheit durch Nichtteilnahme gehen wird. Noch immer bleiben die Europawahlen sehr national dominiert. Von transnationalen Listen ist weiterhin keine Spur. Dies trägt dazu bei, dass die Europawahlen auch weiterhin oft als Protestwahlen gegen die jeweilige Regierung genutzt werden. Insgesamt scheint der Spagat zwischen geopolitischen Themen und jenen, die die Bürger im Alltag betreffen, schwer, und so wirkt die EU-Politik oft abstrakt und abgehoben. Dabei zeigt der Blick auf die Parteiprogramme und die Äußerungen der Kandidaten doch sehr deutlich, wie breit das angebotene Spektrum an europapolitischen Gestaltungsvorstellungen ist. Es geht um alles andere als nur um ein vereinfachendes Votum für mehr oder weniger Europa.

Der Blick auf die Dynamiken im Wahlkampf und die Positionen der deutschen und französischen Parteien lässt dabei im Hinblick auf die künftige Zusammenarbeit insbesondere die folgenden Schlüsse zu:

Erstens, der europapolitische Konsens droht weiter zu erodieren. In beiden Ländern, wie auch bei den europäischen Nachbarn, finden sich sowohl im Rechts- als auch im Linksaußenspektrum politische Vorstellungen zur EU, die, wenn man sie beim Wort nimmt, zu radikalen Veränderungen mit weitreichenden, nicht zuletzt wirtschaftlichen Verwerfungen führen würden. Vorschläge wie das zunächst einmal harmlos klingende Europa der freiwilligen Kooperation souveräner Staaten, würden das Ende der Europäischen Union in ihrer bisherigen Form bedeuten und zu großen Unsicherheiten im Hinblick auf die weitere Entwicklung des gesamten Kontinents mit potenziell erheblichen Wohlstandsverlusten führen. Statt freiwilliger Kooperation könnte Konfrontation nach Europa zurückkehren und das im Weltmaßstab betrachtet kleine, fragmentierte Anhängsel der eurasischen Platte in der Bedeutungslosigkeit versinken. Partikularinteressen der Mitgliedsstaaten kollidieren oft mit der Notwendigkeit, gemeinsame Lösungen zu finden, wie dies auch im Bereich der Migrationspolitik der Fall ist. Dabei wünschen sich manche ein „Europe à la carte“, das zum „Rosinenpicken“ einlädt. Andere fordern eine „Festung Europa“, die die hohen sozialen Standards der EU durch strenge Migrationspolitik schützen soll. Wieder andere träumen von einem sozialeren Europa, in dem der Volkssouverän stärker eingebunden wird. Je weiter die favorisierten Vorschläge vom bisherigen Funktionieren der EU abweichen, desto geringer ist auch der erwartbare konstruktive Beitrag zur parlamentarischen Arbeit auf europäischer Ebene.

Zweitens, zwischen deutschen und französischen Europa-Vorstellungen gibt es deutliche Unterschiede, aber auch viel Raum für gemeinsame Initiativen. Innerhalb aller politischer Parteifamilien gibt es eine gemeinsame Schnittmenge, aber auch divergierende Elemente. Gemeinsamkeiten betreffen vor allem die sozialen Themen im linken Lager, eine besonders ambitionierte Klimapolitik bei den Grünen, gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und weniger Bürokratie bei den konservativen, aber auch den liberalen Parteien sowie vor allem ein restriktiver Kurs

in Sachen Migration und Asyl im Rechtsaußenlager. Berührungspunkte gibt es aber auch über die Parteifamilien hinweg, etwa zwischen den Forderungen der SPD und Renaissance im Hinblick auf eine Verstetigung von NGEU. Unterschiede betreffen weiterhin die Atomkraft, wenngleich in Deutschland, etwa bei CDU/CSU eine gewisse Kehrtwende zu beobachten ist. Auch im Hinblick auf die künftige europäische Handelspolitik ist in Deutschland, auch vor dem Hintergrund der Exportüberschüsse, weiter mehr Offenheit für Freihandelsabkommen als in Frankreich vorhanden. Die Bereitschaft zu gemeinsamer Verschuldung bleibt auf französischer Seite größer als auf deutscher. Auch das Verhältnis zu den USA wird in Frankreich und Deutschland unterschiedlich betrachtet, sowohl in der Verteidigungspolitik als auch im wirtschaftlichen Wettbewerb, wenngleich seit 2022 in beiden Ländern größtenteils eine Befürwortung der NATO festzustellen ist. Dementsprechend werden die US-Wahlen am 5. November richtungsweisend für die Zukunft der Ukraine und die Sicherheitslage in Europa sein.

Drittens sollte das Zeitfenster nach den Wahlen genutzt werden, um sich zeitnah im Austausch mit den europäischen Partnern auf einige gemeinsame strategische Grundlinien zu einigen, die Weichen über den Horizont der Legislaturperiode hinaus stellen. Dies betrifft den Verteidigungsbereich ebenso wie die europäische Wirtschaftspolitik. Trotz aller Schwierigkeiten könnte es dafür ein Momentum geben. Der Angriffskrieg auf die Ukraine hat parteiübergreifend in Deutschland zu einer deutlich größeren Offenheit im Bereich der Verteidigungspolitik geführt. Der Kampfpanzer der Zukunft (MGCS) und das Kampfflugzeug der Zukunft (FCAS), an denen Frankreich und Deutschland zusammenarbeiten, hat zuletzt wichtige Hürden genommen. Auch im Hinblick auf die von Deutschland lange verfolgte, auf Annäherung durch Handel setzende Politik, kehren neue Töne ein. Industriepolitik ist kein Fremdwort mehr und die stärkere Verschränkung von wirtschaftlichen mit politischen Erwägungen ist auf dem Vormarsch.

Ein Rückblick auf die vergangenen Jahre zeigt, dass Deutschland und Frankreich mit ihren Partnern einiges in Europa bewegen konnten. In den Krisen wurde pragmatisch und in verhältnismäßig kurzen Zeiträumen gemeinsam agiert, trotz der im Wahlkampf zum Teil zurecht kritisierten Schwierigkeit, sich im Konzert von 27 Staaten auf einen gemeinsamen Kurs zu einigen. Ein schuldenfinanzierter Wiederaufbaufonds wäre vor der Krise unvorstellbar gewesen – im Angesicht der Pandemie hat man kurzfristig innerhalb der bestehenden Vertragsgrundlagen einen Weg gefunden. Das zeigt, dass kreative Ideen möglich sind, wenn die EU-Mitgliedsstaaten einen gemeinsamen Nutzen darin sehen. Diesen Spirit gilt es auch in anderen Bereichen zu entfachen.

Im Gegensatz zu den Wahlen von 2019, die sehr vom grünen Wandel geprägt waren, geht es bei der Europawahl 2024 vordergründig um die Verteidigungsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der EU, aber auch um ein soziales Europa und ein Europa, das einen Weg findet, mit Migrationsströmen umzugehen. Die rechtskonservativen Kräfte, denen man bei diesen Wahlen gute Zugewinne ausrechnet, bieten dabei oft nur Scheinlösungen, wie zum Beispiel die Doppelgrenze (*double frontière*). Oft brillieren sie im Europaparlament durch ihre Abwesenheit, geben sich damit zufrieden, in Abstimmungen Gesetzestexte von anderen Fraktionen zu blockieren und lehnen eine konstruktive Haltung ab. Jenen Kräften bei den Europawahlen vom 6. bis zum 9. Juni die eigene Stimme zu verleihen, könnte die Handlungsfähigkeit der EU daher gehörig einschränken, und würde dem, was in den letzten fünf Jahren europapolitisch durch die konstruktive Arbeit des Europaparlaments geleistet wurde, nicht genug Rechnung tragen. Mit der Stimmabgabe kommt den Unionsbürgerinnen und -bürgern eine gewichtige Rolle bei der weiteren Ausgestaltung der EU zu. Entsprechend sollte es eine moralische Pflicht sein, vor dem Wahlakt gründlich zu prüfen, welche Programmatik den eigenen Vorstellungen wirklich am besten entspricht.

Aktuelle Publikationen des dfi

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2023. Die Gesellschaften Europas und ihre Zukunft. Jubiläumspublikation anlässlich von 75 Jahren dfi, Red.: Stefan Seidendorf, Nomos-Verlag, Baden-Baden, i.E.

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Points de vue – Sichtweisen / France – Allemagne, un regard comparé – Deutschland – Frankreich, ein vergleichender Blick, Kürschners, NDV GmbH & Co. KG, 2023, Rheinbreitbach, - 295 Seiten.

Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2022. Politik der Zeitenwende? Europa im Umbruch, Red.: Maxime Legrand, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2023, - 342 Seiten.

Henrik Uterwedde: Frankreich – eine Länderkunde. 2., überarbeitete und akualisierte Auflage. Verlag Barbara Budrich, Opladen, 2022, - 196 Seiten.

Eileen Keller: Financial crises and the limits of bank reform: France and Germany's ways into and out of the Great Recession. - Oxford: Oxford University Press, 2021, - 272 Seiten.

Deutsch-Französisches Institut und DFJW/OFAJ: Lehr- und Wanderjahre (DFJW-Arbeitstext Nr. 32): Auslandsaufenthalt und Autonomiegewinn. Berufsbildende Auslandspraktika und ihre Auswirkungen auf den Lebenslauf, Red.: Stefan Seidendorf, Vincent Goulet, Susanne Binder, Frank Baasner, OFAJ/DFJW, Paris/Berlin 2021, - 242 Seiten.

Wüstenrot Stiftung, Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Urbane Großräume in Deutschland und Frankreich. Fragen und Formen regionaler Kooperation, Ludwigsburg 2021, - 216 Seiten.

Stefan Seidendorf (Hrsg.): Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?, Nomos-Verlag, Baden-Baden, 2012, - 218 Seiten.

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen in loser Folge.

Redaktion: Eileen Keller
Layout: Irene Lindauer-Grözinger

Herausgeber:
Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34
D-71634 Ludwigsburg
Telefon +49 (0 71 41) 93 03-0
Telefax +49 (0 71 41) 93 03-50
E-mail: info@dfi.de

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unserer Internet-Seite: https://www.dfi.de

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 40
Stefan Seidendorf: Europawahlkampf in Frankreich - Zwischen nationaler Zwischenwahl und Wandel des Parteiensystems, Mai 2024, 16 Seiten

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 39
Stefan Seidendorf: Conseil national de la refondation - „Runder Tisch" à la française oder Ausdruck der politischen Spaltung? Oktober 2022, 16 Seiten

Diese Publikation wurde in Zusammenarbeit mit dem Studienkomitee für deutsch-französische Beziehungen (Cerfa) am französischen Institut für internationale Beziehungen (Ifri) erstellt und erscheint dort in französischer Sprache.